Zum "Programmentwurf" der GRF BEILAGE

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

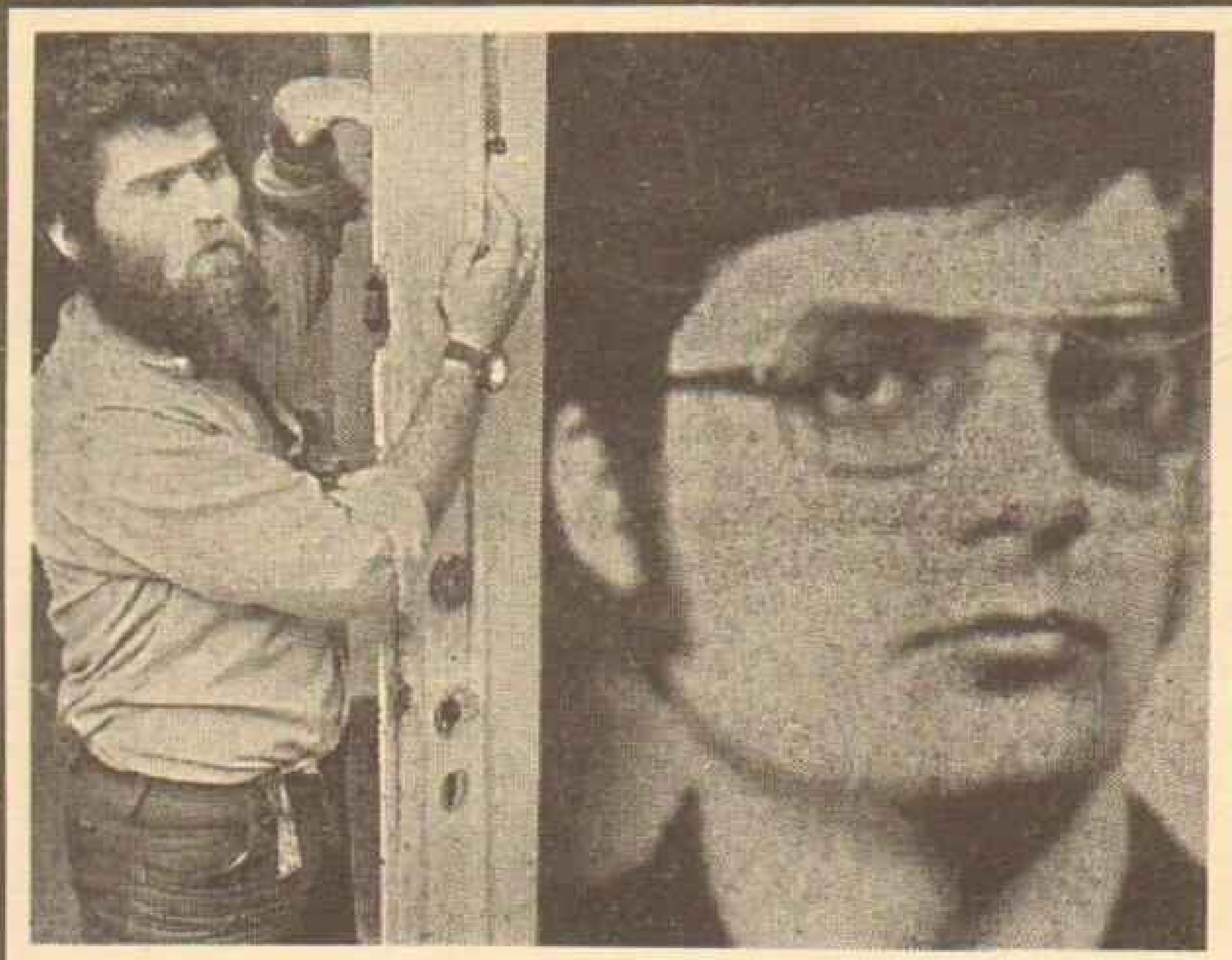
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 22 vom 1. Juni 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

München, 22. Mai Taxifahrer kaltblütig von Polizei erschossen!

In der Nacht zum 22. Mai wurde der 24-jährige Taxifahrer Günther Jendrian in seiner Wohnung von einem Sonderkommando der Polizei kaltblütig erschossen. Wolfgang Ghiman, ein 24-jähriger Architekturstudent aus Rumänien, der in der gleichen Wohnung ein Zimmer hatte, entging nur durch Zufall dem Tode – die Polizeikugel pfiff 5 cm über seinen Kopf hinweg.

Die Polizei sagt: Notwehr. Aber die Tatsachen beweisen, daß Günther Jendrian ermordet wurde.



Links: Wolfgang Ghimann – 5 cm fehlten...
Rechts: Der Ermordete Günther Jendrian

Was ist passiert? Am 21. 5. abends fand die Münchner Polizei bei einer Hausdurchsuchung einen Brief, aus dem hervorging, daß Günther Jendrian wußte, daß sich in einer Münchner Wohnung jemand aufhielt, der von der Polizei gesucht wurde. Die Polizei schloß, daß es sich hierbei um Roland Otto handeln müsse, einen angeblichen Anarchisten, der nach einem Urlaub aus dem Gefängnis untergetaucht war.

Von diesem Zeitpunkt an stand Günther Jendrian für die Politische Polizei auf der Abschußliste.

Noch am selben Abend fuhr ein Kommando von Staatsanwaltschaft, politischer und uniformierter Polizei nach Bruch am Ammersee, wo Jendrian, der erst seit Anfang Mai in München wohnt, gemeldet war. Um 1.30 Uhr nachts holten sie dort Dr. Wondratsch, einen Freund Günther Jendrians, aus dem Bett, durchsuchten einen Teil seiner Wohnung und verhörten ihn und seine Frau bis um 3 Uhr. Die Beamten fragten ihn, ob Jendrian in Haschkreisen verkehre, ob ihm bekannt sei, daß er mit Waffen handele usw. Dr. Wondratsch antwortete, er kenne Herrn Jendrian seit 1970 und zwar sehr gut. Das sei völlig ausgeschlossen. Dr. Wondratsch sagte ihnen sofort, sie könnten Günther Jendrian über Funk in seinem Taxi erreichen. Die Polizei hätte ab 1.40 Uhr Jendrian über Funk in seinem Taxi erreichen können. Sie tat es nicht...

Als Günther Jendrian um 2 Uhr nachts von seiner Taxifahrt nach Hause kam, war noch alles wie gewohnt. Aber schon bald darauf wurde nach Aussagen des Hausverwalters des Hauses Adalbertstr. Nr. 10 das Haus von Polizisten umstellt. Die Beamten trugen Blue Jeans, Panzerwesten, ihre Gesichter waren zum Teil geschwärzt oder mit Visieren verdeckt. Ihre Maschinengewehre waren im Anschlag. Während der größere Teil von ihnen das Haus umstellte, schlichen andere ein und aus – so daß die Bewohner der Straße es mit der Angst bekamen und verschüchtert in ihren Wohnungen blieben.

Was weiter geschah, beschreibt Wolfgang Ghiman der Münchner Abendzeitung so:

„Als gegen 3 Uhr mit Kolben gegen die Tür geschlagen wurde, versuchte ich zu öffnen. In diesem Moment schoß von außen jemand durch die Tür, fünf Zentimeter über meinen Kopf hinweg. Dann wurde die Tür aufgestoßen, und es sprang ein Mann im Stahlhelm herein, der zwei weitere Schüsse aus seiner MP abgab." Und weiter:

„Ich sah einen MP-Mann ins Zimmer hechten, es fiel ein Schuß, und dann hörte ich den Todesschrei von Calvados (Spitzname von Jendrian – RM). Als ich in Handschellen, nur in Unterhose und Unterhemd abgeführt wurde, lag er auf dem Rücken ausgestreckt in seinem Zimmer." Anwesend bei diesem kaltblütigen Mord waren nicht nur rund 60 Polizeibeamte, sondern auch die Staatsanwälte für politische Prozesse, Wahl und Emmrich.

Fortsetzung auf Seite 2

Bonn, VK-Kongress: 14 Genossen verhaftet - D"K"P holte Polizei

Wenn Dir jemand ins Gesicht sagt: „Ich bin gegen jede Gewalt" und gleichzeitig einen Knüppel über Deinen Kopf haut – was würdest Du von diesem sauberen „Pazifisten" halten?

„Er ist ein Lügner", würdest Du sagen, „ein Betrüger und hinterhältiger Schuft!"

Empört waren Hunderte Kriegsdienstverweigerer über die Führer des VK, als sie während der Großveranstaltung am 25. Mai in Bonn sahen, wie die Revisionisten der VK-Führung die Polizei gegen Kommunisten und antimilitaristische Kämpfer hetzten, wie Ordnertrupps der D„K"P gegen Genossen prügelten. 14 Demonstranten wurden festgenommen.

Mehrere tausend Kriegsdienstverweigerer aus der ganzen DBR waren am 23. Mai nach Bonn gekommen zur Großveranstaltung des VK. „25 Jahre Grundgesetz" – unter diesem Thema wollten die VK-Führer Reformismus und Revisionismus verbreiten.

Genossen und Sympathisanten der Partei und Mitglieder des VK Bochum entlarvten in Flugblättern und revolutionären Parolen unter den Kriegsdienstverweigerern die pazifistischen Lügen der modernen Revisionisten:

Schon lange nutzen die Revisionisten der D„K"P den kleinbürgerlichen Pazifismus als Stütze ihrer konterrevolutionären Theorie vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus". Die Arbeiterjugend haßt den Krieg. Sie verabscheut die Bundeswehr, wo Arbeitersöhne zum Krieg gegen andere Völker und zum Bürgerkrieg, zum Kampf gegen ihre Klassenbrüder erzogen werden sollen. Mit pazifistischem Geschwätz haben die modernen Revisionisten seit jeher versucht, diesen berechtigten, antimilitaristischen Haß der Jugend zu neutralisieren und damit den antimilitaristischen Kampf zu schwächen. Sie entfachten die pazifistische Ostermarschbewegung, sie überreden die Jugend dazu, das Gewehr aus der Hand zu legen, anstatt es in der Stunde der sozialistischen Revolution gegen den Klassenfeind zu richten. Mit schmutzigen Intrigen gehen die D„K"P-Revisionisten seit jeher gegen solche Mitglieder des VK vor, die die reaktionäre Rolle der pazifistischen Ideologie durchschauen und den antimilitaristischen Kampf organisieren unter der einzig korrekten Parole: „Im Ernstfall die Gewehre umdrehen", wie z. B. der VK Bochum.

Die Frage der revolutionären Gewalt ist eine Kernfrage des Klassenkampfes. Die Wut der Bourgeoisie und der modernen Revisionisten kennt keine Grenzen, wenn Kommunisten die bürgerliche Armee entlarven als Instrument des imperialistischen Raubkriegs, als Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Das war in Bonn nicht anders. Schlägertrupps der D„K"P riegelten das Foyer der Beethovenhalle ab. In wenigen Minuten rückte die Polizei an. „Hier, kommt mal uns helfen", forderten die Revisionisten auf. Die Polizei knüppelte los. Ihre Übermacht drängte die Genossen aus dem Saal.

Die Genossen bildeten Ketten und setzten sich zur Wehr. So mancher Schläger auf der Seite der Polizei und der D„K"P holte sich ein blaues Auge, Polizeiuniformen gingen in Fetzen. Mit Hunden rückte ein neuer Polizeitrupp als Verstärkung an. Die Revisionisten bildeten Greiftrupps, versuchten, einzelne Genossen in die Arme der Polizei zu treiben. Unter Prügeln wurden die Festgenommenen weggeschleppt, einige mit schmerzhaften Knebelketten gefesselt.

Wo die Helfershelfer der Polizei und der modernen Revisionisten sitzen, zeigte ein Mitglied des „K"BW: Kein Gedanke, sich im Kampf mit den Kämpfenden zu solidarisieren! „Ihr habt Spatzengehirne", tobte er, „das ist eine Provokation!" Als die Ordner der D„K"P die Tür zur Beethovenhalle verriegelten, begann er zu jammern: „Zu denen gehöre ich nicht, laßt mich doch rein." Die Türen wurden ihm aufgetan!

Die Nachricht über den Polizeieinsatz löste unter vielen Kriegsdienstverweigerern in der Halle große Empörung aus. Ungerührt über das Pfeifkonzert begannen die VK-Häuptlinge mit ihrer Veranstaltung. Revisionismus, Pazifismus und reaktionäre Religion mischten sie zu einer demagogischen Hetze gegen die revolutionäre Gewalt. Pastor Niemöller war Ehrenredner.

Fortsetzung auf Seite 2

Trotz Polizei-Terror: Schüler kämpfen für ihren kommunistischen Lehrer!

Landesschulrat Neckel war mit Polizei auf dem Schulhof angerückt, um den Referendar Jürgen Paulick, Sympathisant der KPD/ML, gewaltsam vom Gelände der Hamburger Schule Bornheide zu holen. Doch die Schüler ließen ihn erst gar nicht zum Zug kommen. Sie verhöhnten ihn laut, schlossen einen festen Ring um ihren Referendar und zeigten ihm den nächsten Fluchtweg.

Seither gleicht die Hauptschule der Arbeiterneubausiedlung eher einer Festung: Drei bis vier Polizeiwagen postieren einsatzbereit am Schultor, an die zwanzig Zivilbeamte schleichen sich ständig durch die Flure, um zu verhindern, daß Referendar Paulick die Schule betritt. Warum fürchtet sich die Schulbehörde vor dem Referendar Paulick?

Fortsetzung auf Seite 4

Das Palästinensische Volk will keinen Frieden a la Kissinger und Gromyko!

Mehrfach hat in der vergangenen Woche die zionistische Luftwaffe palästinensische Flüchtlingslager im Libanon bombardiert. Zugleich führten die Zionisten in Israel selbst eine breite Hetzkampagne gegen das palästinensische Volk, insbesondere gegen die palästinensischen Befreiungskämpfer.

Die Bevölkerung wird aufgefordert, sich zu bewaffnen und gegen jeden verdächtigen Araber vorzugehen. Der Oberrabiner und Oberst Abraham Avidan: Wenn israelische Soldaten bei der „Verfolgung und Bekämpfung von Terroristen" auf arabische Zivilisten träfen, „bei denen nicht absolut klar ist, daß sie uns schaden können – dann ist es nach den Religionsgesetzen erlaubt und sogar unsere Pflicht, sie zu töten." „Auf keinen Fall darf man einem Araber trauen, auch wenn er den Eindruck eines zivilisierten Menschen macht." Eine Hetzkampagne, die sich von den Hitlerprogromen gegen Juden kaum unterscheidet. Tagtäglich verschärfen die Zionisten ihre Kampagne von Terror und Gewalt gegen das palästinensische Volk, in der Hoffnung, den wachsenden mutigen Widerstandskampf dieses Volkes zu brechen.

Das zeigt nicht nur aller Welt, daß die Zionisten abscheuliche Verbrecher sind, sondern beweist auch, wie groß ihre Angst ist, daß ihr Thron der Gewaltherrschaft über das palästinensische Volk gestürzt wird. Und diese Angst besteht zurecht: Immer härter werden die Schläge, die das palästinensische Volk dem zionistischen Feind erteilt. Das Zentralorgan der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), „Falestin Althaura" stellt dazu fest, daß bis jetzt die palästinensische Revolution, die Avantgarde der arabischen Revolution, viele revolutionäre Siege über den zionistischen Feind, den Feind der palästinensischen Nation, errungen hat.

So mußten die Zionisten während des Oktoberkrieges zugeben, daß die Fedaijin eine, wenn auch noch kleine, Front gegen sie eröffnet haben, die sie keinesfalls übersehen können. Die zunehmende Stärke des revolutionären Kampfes wird auch an den ständigen Versuchen der Zionisten, Imperialisten und arabischen Reaktionäre deutlich, die Revolution zu liquidieren; diese Versuche sind bis jetzt immer gescheitert! „Dies liefert den praktischen Beweis dafür", schreibt „Falestin Althaura", „daß die palästinensische Revolution in der Lage war und ist, ununterbrochen den bewaffneten Kampf bis zum endgültigen Sieg zu führen und einen demokratischen Staat auf dem Territoium von g a n z P a l ä s t i n a errichten wird."

Als Antwort auf die sogenannten „Entflechtungspläne" der beiden Supermächte USA und Sowjetunion an der syrischen Front haben die palästinensischen Befreiungskämpfer ihre Aktionen in Israel selbst verstärkt. Denn die „Friedenspläne" der beiden Supermächte dienen keineswegs dem Frieden des palästinensischen Volkes, sondern der weiteren Unterdrückung durch die israelischen Zionisten: **Die „Entflechtungspläne" der beiden Supermächte an der syrischen Front sind ein Manöver, um eine weitere Front des offenen Kampfes gegen die Zionisten zum Erliegen zu bringen und die Kampffront gegen den Zionismus und die Hegemoniepolitik der beiden Supermächte im Nahen Osten zu spalten.**

So haben die palästinensischen Revolutionäre im Hafen von Haifa ein Marineboot der Zionisten in die Luft gesprengt, als das Boot auslaufen wollte. Am Berg Hermon griff eine Einheit der Fedaijin in der Nacht des 2. Mai eine schwerbewaffnete zionistische Einheit an. Ein Panzer wurde zerstört und mehrere Soldaten der zionistischen Besatzer wurden getötet und verwundet. Am 7. und 8. Mai jagten palästinensische Revolutionäre das Haus eines israelischen Geheimagenten im Süden von Jaffa in die Luft und steckten ein Auto des Geheimdienstes in Jerusalem in Brand.

Die palästinensischen Revolutionäre haben damit zu der Gewalt und dem Terror der israelischen Besatzungsherren gegen das palästinensische Volk einen mächtigen Gegenwind entfacht. Das palästinensische Volk will keinen Frieden a la Kissinger und Gromyko, sondern den Kampf gegen seine Feinde bis zum Sieg, bis zur Befreiung ihrer Heimat Palästina von den zionistischen Okkupanten. Erst dann kann es wirklichen Frieden geben.



Revolutionäre Parolen beim Fahneneid

"Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg – Kampf für den Sozialismus bis zum Sieg!" tönte es über den Kasernenhof, und "Für ein vereints, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!" Mit antimilitaristischen Parolen nutzten Genossen der ROTEN GARDE und des 'K'JV die Vereidigung von Rekruten in der Kölner Kaserne als Tribüne kommunistischer Agitation und Propaganda gegen Militarismus und imperialistischen Krieg.

Kaum einer der Rekruten, die hier am 25. Mai den Fahneneid ablegen sollten, war gern zur Bundeswehr gekommen. Keiner wollte sich für imperialistische Raubkriege ausbilden lassen. Ihren Haß auf die Armee der Kapitalisten konnte man auf ihren Gesichtern lesen. Umso entsetzter waren die Offiziere, als sie die revolutionären Losungen hörten. Sie holten sofort die Polizei.

Die Genossen ließen sich nicht einschüchtern. "Im Ernstfall – dreht die Gewehre um!" hallte es. Daß die Mitglieder des 'K'JV ausgerechnet diese Parole nicht mitrufen wollten, zeigt, welche Verwirrung die Führer der GRF in den Köpfen revolutionärer Jugendlicher stiften. Trotzdem bewiesen diese Genossen, durch ihren mutigen Kampf, daß die Basis der GRF auf die Seite der Revolution gehört.

12 Genossen ließen die Feldjäger abführen. Aber da kamen sie bei den Kameraden schön an! Viele waren empört über diesen Terror gegenüber Kommunisten. Die Polizei, die die Genossen ins Präsidium bringen wollte, wagte dann doch nicht mehr als eine Feststellung der Personalien.

Den Kameraden, die seit dem 25. Mai in der Bundeswehr sind, wird ihr Fahneneid in Erinnerung bleiben! Sie haben gesehen: Kommunisten sind auf unserer Seite. Sie reden nicht salbungsvoll daher, sondern kämpfen für unsere Interessen. Und sie weisen einen Weg, über den viele Soldaten noch nachdenken werden.

Fortsetzung von Seite 1

D"K"P holte Polizei

Währenddessen hetzte die Polizei in der Stadt Genossen. Streifenwagen und zivile Greiftrupps waren unterwegs, um jeden festzunehmen, dessen Gesicht ihnen bekannt vorkam. Einen Genossen zerrten sie sogar aus der Telefonzelle. Am Abend saßen 14 Verhaftete im Polizeipräsidium. Trotz Prügel, trotz Knebelketten bei der erkennungsdienstlichen Behandlung, trotz Provokationen durch die Politische Polizei kämpften die Genossen weiter: In Sprechchören hallten die ganze Nacht revolutionäre Parolen durch das Polizeipräsidium: „Freiheit für alle politischen Gefangenen! Krieg dem imperialistischen Krieg!" Vor diesem Kampf wich die Polizei zurück: Haftbefehle, die die Polizei erwogen hatte, wurden nicht ausgesprochen. Nach mehr als 24 Stunden wurden die letzten entlassen. Jetzt droht ihnen ein Prozeß wegen „schweren Widerstands gegen die Staatsgewalt", wegen „Landfriedensbruch" oder „Hausfriedensbruch".

Wohlgemerkt: Eine Anzeige wegen „Hausfriedensbruch" kann niemand anders erstatten als die Revisionisten der VK-Führung.

Auf Umwegen kehrten Genossen nach der Veranstaltung des VK zur Beethovenhalle zurück, um mit den Kriegsdienstverweigerern zu diskutieren. Nichts hätte das pazifistische Geschwätz der VK-Führer vor den Mitgliedern besser entlarven können als dieser brutale Einsatz von Schlägertrupps und Polizisten gegen Kommunisten. „Jetzt ist endgültig Schluß!" sagten viele Kriegsdienstverweigerer.

Wer von „Gewaltlosigkeit" in der kapitalistischen Klassengesellschaft predigt, der lügt, das machten die Genossen vielen Antimilitaristen des VK hier klar. In der Praxis bedeutet die Politik der D„K"P-Revisionisten: Die reaktionäre Gewalt der Bourgeoisie unterstützen, die revolutionäre Gewalt des Proletariats bekämpfen. Wer den Krieg haßt, der muß zum Gewehr greifen. Wer die Armee der Bourgeoisie zersetzen will, der muß kämpfen unter der Losung: „Im Ernstfall die Gewehre umdrehen!"

Fortsetzung von Seite 1

Taxifahrer von Polizei erschossen

Über mehrere Tage hinweg versuchte die Polizei, die Version aufrechtzuerhalten, Jendrian habe auf die Polizei geschossen und sei bei einem Schußwechsel ums Leben gekommen.

Kein Mittel wurde gescheut, um diese Version aufrechtzuerhalten:

Es ist bekannt, daß Günther Jendrian ein Kleinkalibergewehr besitzt. Um allerdings zu beweisen, daß er damit auf die Polizisten geschossen hat, brauchte die Polizei Beweise. Wie sie diese „Beweise" fand, schilderte Ghiman den Rechtsanwälten der Verlobten von Günther Jendrian: Als er von Polizisten in die Wohnung geführt wurde, zeigte ihm ein Beamter ein Einschußloch. Hierher hat Jendrian geschossen, hieß es, und dabei vermutlich auf die Füße der Polizisten gezielt. Ghiman prüfte den Einschußkanal nach und erklärte, daß das nicht stimmt, daß dieser Schuß höchstens von der Polizei stammen kann. Darauf der Beamte: das kann schon sein, hier ist noch ein Einschuß, der hier ist wohl fehlgemeißelt. (!) **Damit gestand der Polizeibeamte offen ein, was auch die Rechtsanwälte festgestellt hatten: die Polizei hatte Einschußlöcher herausgemeißelt und künstliche Einschußlöcher in die Wand hineingemeißelt.**

Damit nicht genug. Sofort nach dem Mord berichtete Ghimann, der einzige Tatzeuge, der nicht von der Polizei ist: Jendrian hat kein Gewehr in der Hand gehabt. Nach einem 12-stündigen Verhör durch die Polizei dagegen sagte er den Rechtsanwälten: er hat ein Gewehr gehabt, er muß ein Gewehr gehabt haben, denn die Polizeibeamten, deren Aussagen mir vorgehalten worden sind, haben es gesagt. (!)

Kein Wunder, daß die Polizei in dieser Situation eine totale Nachrichtensperre verhängt. Staatssekretär Kiesl aus dem bayrischen Innenministerium: „Nachrichtensperre wurde angeordnet, weil die Ermittlungen im Terrorbereich liegen..."

Flugblätter, die zu diesem Fall Stellung nehmen, werden sofort beschlagnahmt, die Wohnung des presserechtlich Verantwortlichen wird durchsucht, ebenfalls ein Buchladen in der Adalbertstraße.

Angesichts der Empörung der Verwandten des Ermordeten, seiner Freunde und der Münchner Bevölkerung, muß die Polizei wenigstens so tun, als ginge sie den Vorwürfen nach. Welches Interesse sie an Ermittlungen hat, sagt ein Polizeibeamter Dr. Wondratsch: **„Wir wissen nicht, welcher Kamerad geschossen hat und wir wollen es auch gar nicht wissen." Polizeiinspektor Hausmann vom Landeskriminalamt zu einer Zeugin, die zur Personalienfeststellung bestellt worden war: Den Roland Otto werden wir innerhalb der nächsten zwei Monate sicher kriegen. Es wird dabei nicht ohne Schußwechsel abgehen und wer dabei auf der Strecke bleibt, ist ja heute schon klar. (!)**

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft zugeben müssen, daß Jendrian nicht geschossen hat. Trotzdem bleibt sie dabei: es war Notwehr. Jendrian hätte ja schießen können...

Notwehr. Darauf liefen bisher alle Ermittlungsergebnisse der bürgerlichen Klassenjustiz hinaus, ob ein Polizist einen Metallarbeiter wie Duifhuis in Duisburg erschoß, ob einen Jugendlichen wie Erich Dobhard in Dortmund, Notwehr hieß es auch im Fall Benno Ohnesorg, der Polizist Kurras am 2. Juni 1967 in Westberlin erschoß. Notwehr hieß es bei allen Revolutionären, die den Kugeln der Sonderkommandos der Polizei zum Opfer fielen, wie Petra Schelm, Georg von Rauch, der Schotte Mc Leod und andere. **"Polizei, Grenzschutz, Bundeswehr – kapitalistisches Bürgerkriegsheer!' hieß ein Transparent von Genossen der KPD/ML, die zusammen mit 500 Anhängern von revolutionären Organisationen am Freitag gegen den Polizeimord protestierten.**

Das Sonderkommando, das Günther Jendrian erschoß, war ein Teil dieses Bürgerkriegsheers. Nicht einmal die Regierung selber streitet ab, daß diese Killerkommandos zum Einsatz gegen Revolutionäre und Kommunisten gedacht sind. Zwei Jahre sind diese Kommandos alt. Zwei Jahre, in denen der Klassenkampf sich verschärfte, in denen die Bourgeoisie die Aufrüstung der Polizei und militärischer Truppen forcierte, um sich gegen die drohende proletarische Revolution zu rüsten.

Nach den militanten Demonstrationen in Frankfurt, erklärte der Frankfurter Polizeipräsident, daß der Gebrauch der Schußwaffe gerechtfertigt gewesen wäre. Bei Opel in Bochum wurden Genossen mit der Pistole bedroht. Ihre Pistole zogen auch zivile Polizisten bei der 1. Mai-Demonstration in Duisburg.

Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß für die Bourgeoisie der Tag naht, wo es heißen wird: Feuer frei auf die kämpfenden Massen! Angesichts dieses Aufmarsches der konterrevolutionären Truppen der Bourgeoisie darf es kein Zurückweichen geben. Günther Jendrian war ein sogenannter Unschuldiger, er hat sich für Politik wenig interessiert, er lag müde von der Arbeit in seinem Bett. Die Polizei hat ihn trotzdem erschossen. Sie hat hier so wenig nach „Schuld" oder „Unschuld" gefragt, wie bei ihren Knüppeleinsätzen auf der Straße, wo der Polizeiknüppel auf Demonstranten, kleine Kinder und alte Omas niedersauste. Und kein Gericht in unserem Land wird die Polizei je dafür zur Rechenschaft ziehen. Noch kurz vor seinem Rücktritt hat Kanzler Brandt vor einer Versammlung der Polizei betont, daß er die Polizeibeamten gegen alle Angriffe in Schutz nehmen wird und sie für die Erfüllung ihrer Pflicht gelobt. Ja, es ist die Pflicht der Polizei, der Feind, der prügelnde und schießende Feind der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes zu sein. Es ist ihre Pflicht, als Gewaltorgan des Kapitals zusammen mit dem Bundesgrenzschutz und der Bundeswehr die Macht des Kapitals gegen die kämpfenden Massen zu verteidigen. **Darum aber hat das Volk gar keine andere Wahl, als sich gegen diesen staatlichen Terror mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen, als diesen Unterdrückerstaat mit der revolutionären Gewalt der Massen zu zerschlagen.**



„Polizei dein Feind und Killer!" Demonstration in München.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel. 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur; Dieter Stoll, Dortmund Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,-DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Stahlindustrie: Krisenzeichen in den Kaltwalzwerken

Bis zum 1. Juni sollen fast alle Abteilungen im Kaltwalzwerk bei Klöckner in Bremen auf 5-Tage Woche gehen. Mehr als 60 Kollegen verlieren hier ihren Arbeitsplatz. Insgesamt soll die Produktion hier um 20% gesenkt werden. Ähnlich ist die Lage in anderen Stahlwerken. Genossen von Thyssen berichten, daß im BLW die Arbeitsplätze von 27 Scherenzeichner wegrationalisiert worden sind, daß den über 60jährigen empfohlen wird zu gehen, andere mit Lohneinbußen versetzt werden. Im Tandem, wo vor allem für VW und Ford produziert wird, wird seit zwei Wochen nur noch auf einer Schicht gearbeitet (vorher zwei), den Tandemschlossern sind schon seit Februar die Überstunden gestrichen worden. Auch an den Kranfahrern wird gespart, sie müssen teilweise jetzt zwei Kräne bedienen. Ähnlich sieht es bei den Stahlwerken Bochum aus, deren Vorstandsbericht feststellt, daß mit einem Rückgang der Nachfrage von Feinblechen gerechnet werden muß.

Für manchen Kollegen sind diese Krisenerscheinungen in der Stahlindustrie unbegreiflich. Die Auftragsbücher der Stahlkonzerne sind doch voll. Und gerade in den Kaltwalzwerken, die hauptsächlich Bleche für die Autoindustrie produzieren, ist in den letzten Jahren auf Hochtouren investiert und produziert worden. So hat Thyssen ein ganzes Stahlwerk aus dem Boden gestampft, es ist ein extra breites Warmband angeschafft worden, zugeschnitten auf die Anforderungen der Automobilindustrie. Bei Klöckner im Kaltwalzwerk ist eine Kontroll- und Spaltanlage, die einige Millionen gekostet und noch nicht einmal richtig eingefahren worden war, stillgelegt worden.

Wie ist das zu erklären? Einerseits floriert das Stahlgeschäft. Die Nachfrage nach Stahl für Maschinenbau, für Rüstung usw. ist groß. Deshalb die aus dem Boden schießenden Hochöfen, wie zum Beispiel der berüchtigte "Schwarze Riese" von Thyssen, der mit mörderischen Überschichten und unter lebensgefährlichen Bedingungen von den Arbeitern gebaut wurde und mit voller Kraft angefahren wurde, kaum daß die letzte Schraube vernietet war. Die Kapitalisten wissen, das Geschäft läuft jetzt, was morgen kommt, interessiert sie nicht.

Die Bilanz dieser Jagd nach dem Profit sind 2 Tote innerhalb von drei Tagen bei Thyssen, 3 Tote in einem Vierteljahr bei Mannesmann - um 27% ist die Unfallrate von 1973 auf 1974 bei Thyssen gestiegen. Aber genausowenig wie die Kapitalisten sich für die Menschen interessieren, aus denen sie ihren Profit ziehen, genausowenig kümmern sie sich um die Werte, die die Arbeiter oft unter Lebensgefahr aufbauen mußten. So ist das neue Stahlwerk Beecker-Werth von Thyssen heute schon praktisch zu Schanden gefahren,weil nur die allernotwenigsten Reparaturen gemacht wurden, um ja keine Minute Produktion zu verlieren, um nicht im Wettrennen um den Maximalprofit ins Hintertreffen zu geraten. Ähnlich mit dem "Schwarzen Riesen". Er muß schon jetzt, nach einem halben Jahr Produktion generalüberholt werden.

Mit ähnlicher Wucht wie auf die Stahlproduktion haben sich die Stahlkonzerne in den letzten Jahren angesichts des Aufschwungs der Automobilindustrie auf die Herstellung von Feinblechen geworfen. Bis zum letzten Moment hieß die Parole: Expansion, Rationalisierung, Überstunden, um das große Geschäft zu machen, wie das Beispiel Klöckner zeigt. Bis die Krise in der Automobilindustrie die profitversprechenden neuen Hallen und Anlagen nutzlos werden ließ.

Die Revisionisten von der D'K'P und auch die DGB-Führer nehmen diese Widersprüche der kapitalistischen Produktion zum Anlaß, um von der "gesteuerten", der "gewollten Krise" zu sprechen. Das ist Unsinn. Natürlich lassen die Kapitalisten nicht freiwillig Kapital brach liegen, verzichten sie nicht freiwillig auf den Profit, den ihnen die neuen Produktionsanlagen bringen sollten. Aber die Gesetze der kapitalistischen Produktion lassen keine andere Wahl. Dafür versuchen sie, jetzt mit den Stahlplatten das große Geschäft zu machen.

So berichten die Genossen von Klöckner, daß der Direktversand vom Warmband verstärkt wird. Die Direktversandhalle im Warmwalzwerk II wird auf die doppelte Größe ausgebaut, die Kollegen hier müssen seit dem 1.4. im Vierschicht-System arbeiten. Aber je mehr die Kapitalisten versuchen, an den Warmbändern herauszuholen, was in den Kaltwalzwerken nicht mehr zu bekommen ist, je wahnwitziger sie hier die Produktion steigern, desto näher rückt eine Überproduktion auch in diesem Bereich. Kurzarbeit und Entlassungen werden auch in diesem Produktionsbereich für die Arbeiter das Ende vom Lied sein.

Die Schuld bei diesen Angriffen auf die Arbeiterklasse in der persönlichen Habgier der einzelnen Kapitalisten zu suchen, wäre verfehlt. Schuldig ist das kapitalistische System mit seinen ehernen Gesetzen, denen sich weder der Arbeiter noch der Kapitalist entziehen kann. Deshalb ist es auch völlig sinnlos, an die Vernunft der Kapitalisten zu appellieren, um die Lage der Arbeiter zu verbessern.

So antwortet der Vorstand der Thyssen-Bornemisza Gruppe auf die Frage von Journalisten, ob allein der Gewinn die Entscheidungen des Vorstandes bestimme oder auch das Wohl der Belegschaft: "Ich bin Kapitalist. . ." Und als Kapitalist bleibt ihm eben keine andere Wahl als nach dem Profit zu jagen, als Arbeiterleben zu opfern, Arbeiterfamilien in Hunger und Not zu stürzen.

Eben deshalb aber gibt es auch für die Arbeiterklasse keine Wahl. Um Arbeitslosigkeit, um Krisen und Elend ein Ende zu setzen, muß sie der Kapitalistenklasse die Macht über die Produktionsmittel entreißen, muß sie das kapitalistische System vernichten und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichten.

Bonzen verbieten Gewerkschaftsrunde: 70 Kollegen kommen trotzdem

Wir haben im Roten Morgen mehrfach über den Kieler Gewerkschaftsprozeß berichtet. Was ist nun aus den Angeklagten geworden, wie ist der Kampf weitergegangen? Nehmen wir einen der Angeklagten, Kurt L., als Beispiel. Kurt ist Lehrling bei der Firma Hell in Kiel, Mitglied der Wilhelm-Leuschner-Runde, Kommunist.

Die IGM-Bonzen hängten ihm gleichzeitig ein Gewerkschaftsausschlußverfahren an. Für Genossen Kurt hieß das: noch aktiver für den Zusammenschluß der Kollegen in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition kämpfen.

Auf einem Treffen der Wilhelm-Leuschner -Runde des KJA im Januar ergriff er das Wort. Schon nach den ersten Worten, die gegen die DGB-Führung gerichtet waren, wurde er von den Bonzen massiv unterbrochen: gegen ihn laufe ein Ausschlußverfahren, er dürfe weder das Wort ergreifen, noch weiter im Saal bleiben. Ein Sekretär der IG Bau, Steine, Erden drohte ihm sogar Prügel an. Schließlich hieß es sogar: wenn Kurt nicht aus dem Saal flöge, bedeute das das Ende der Wilhelm- Leuschner -Runde selbst. Kurt blieb.

Daraufhin erklärte ein Sprecher des Ortsvorstandes die Runde für aufgelöst. Doch er hatte Pech. Mit der Gewerkschaftsführung gingen nur 20 Kollegen. 80 Kollegen blieben und protestierten in einer Resolution gegen das Redeverbot gegen Genossen Kurt, gegen die Auflösung der Wilhelm-Leuschner-Runde und gegen die Ausschlußdrohungen gegen die beiden KJA-Mitglieder.

Trotz Verbot wurde die Runde im April weitergeführt. 70 Kollegen folgten der Einladung der beiden revolutionären Mitglieder des KJA. Auf dieser Sitzung entbrannte anhand der bisherigen Erfahrungen mit dem DGB-Apparat ein heißer Kampf zwischen den revolutionären und klassenkämpferischen Kollegen und einigen Opportunisten, wie der gewerkschaftliche Kampf der Kollegen zu führen sei.

'Um Gottes Willen die Einheit im DGB wahren" - darauf liefen schließlich alle Agumente der Opportunisten hinaus. Dabei hatte gerade die letzte Sitzung der Wilhelm-Leuschner-Runde gezeigt, was das bedeutet. Die Einheit des DGB wahren, hätte in diesem Fall nichts anderes bedeutet als einen kämpferischen Kollegen aus den eigenen Reihen auszustoßen. Es wurde klar festgestellt, notwendig ist eine Einheit auf der Grundlage der Klasseninteressen der Arbeiter, notwendig ist deshalb der Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsopposition.

- Ein bewußter Zusammenschluß der Kollegen gegen den DGB -Apparat aber auch gegen die falschen Freunde in den eigenen Reihen - das ist bis jetzt das Ergebnis des Kampfes in der Wilhelm-Leuschner-Runde.

Aber auch im Betrieb, wo Kurt arbeitet, ging der Kampf weiter. Die Kollegen Kurts dachten nicht daran, ihn jetzt, wo ihn ein bürgerliches Klassengericht als "kriminell" verurteilt hatte, links liegen zu lassen. Im Gegenteil, auch hier schlossen sich eine Reihe von Kollegen enger auf revolutionärer Grundlage zusammen. Kurt kandidierte für die Jugendvertreterwahl. Um seine Wahl - den lebendigen Beweis für ihre Niederlage - zu verhindern, verfügte die Geschäftsleitung seine fristlose Entlassung. (Übrigens die dritte, zweimal bereits mußte sie unter dem Druck der Kollegen zurückstecken) Als Grund wurde angegeben: Beleidigung eines Meisters. Während die Bonzen im Betriebsrat der Entlassung zustimmten, versuchten sie gleichzeitig zusammen mit den Reaktionären im Vertrauensleutekörper die empörten Kollegen zu beschwichtigen: Wenn er sich beim Meister entschuldigt hätte, wäre er noch drinnen...

Aber viele Kollegen sagten: Wenn man einen Hund schlagen will, findet man auch einen Knüppel! Sie erteilten den Herren von Betriebsrat und VKL, die da zu Kreuze-Kriechen als Kampftaktik der Arbeiter empfehlen wollen, eine klare Absage. Den meisten Kollegen ist klar, hier geht es nicht um eine Beleidigung", hier geht es auch nicht nur um Kurt, hier geht es um den Kampf Klasse gegen Klasse und die Versuche der Kapitalisten, die Kommunisten als Vorkämpfer ihrer Klasse los zu werden.

So hat sich wie in der Gewerkschaft, in der Wilhelm-Leuschner-Runde, auch im Betrieb gezeigt: der Kampf schreitet voran. Und er entwickelt sich gut für die Sache der Arbeiter, schlecht für das Kapital und seine Handlanger.



OSRAM: ROTE JUGENDVERTRETUNG MUSS BLEIBEN

Seit nunmehr 2 Jahren besteht bei Osram, im Wedding, eine rote Jugendvertretung. In diesen 2 Jahren haben Jungarbeiter und Lehrlinge gesehen, wer ihre Interessen am besten vertrat: Die rote Jugendvertretung.

Der Betriebsrat sah das natürlich auch. Darum versucht er jetzt mit allen Mitteln, die Wiederwahl der Rotgardisten in die Jugendvertretung zu verhindern.

Da ein Genosse der Jugendvertretung, Peter, aus der IGM ausgeschlossen wurde, versuchte der Wahlvorstand, in den der Betriebsrat vorsichtshalber kein Mitglied der Jugendvertretung hineingelassen hatte, das für sich auszunutzen. Es wurde eine IGM-Liste aufgestellt, um so Peter zu isolieren.

Aber unsere Liste bestand schon! Auf ihr kandidierten drei Mitglieder der alten Jugendvertretung und zwei neue, klassenbewußte Kollegen.

Nun gingen der Betriebsrat und Wahlvorstand Rogowski auf Unterschriftenfang für ihre Spalterliste. Sie erhielten beim ersten Anlauf eine klare Abfuhr. Denn wir bekamen mit, daß sie bei den neuangefangenen Kollegen Unterschriften erschleichen wollten und entlarvten den üblen Spaltercharakter dieser Liste.

Nur mit äußerster Mühe und Unterstützung durch die Ausbilder und die Ausbildungsleiter bekam Rogowski schließlich vier Unterschriften zusammen. Die Ausbilder gebärdeten sich dabei auf einmal als "tatkräftige Interessenvertreter" der Lehrlinge. Die Meister führten Diskussionen mit den Lehrlingen, verteilten Flugblätter für die IGM usw. Der Ausbildungsleiter forderte einzelne Kollegen auf, zu kandidieren: "Na Sie wissen schon, wir brauchen keine Unruhestifter von der KPD/ML!"

Während eine Wahlversammlung unter Leitung der JV auf Initiative des Betriebsrats verboten wurde, hatte die Ausbildungsleitung gegen eine Leitung der Versammlung durch den 'S'EW-Betriebsrat Lipke und auch gegen einen Beitrag der IGM nichts einzuwenden.

Ganz offensichtlich arbeiteten hier Geschäftsleitung, Betriebsrat, IGM-Apparat und 'S'EW gemeinsam gegen die Interessen der Kollegen.

Und so sagen denn auch die Kollegen, die die Jugendvertretung bereits kennen: "Auch wenn wir nicht in allen Punkten mit eurer Politik übereinstimmen, so wissen wir doch, daß ihr unsere Interessen vertretet wie kein anderer."

LESERBRIEF

Im RM Nr. 20 habt Ihr auf der Seite 3 einen Artikel abgedruckt mit der Überschrift: Opel-Kollegen fordern: Genosse B. soll V-Mann werden.

Meiner Meinung nach wird in diesem Artikel die RGO-Politik der Partei in einem falschen Licht dargestellt. Ein Arbeiter wird zitiert: "Jeder gibt 100 DM Startkapital, dann bilden wir eine eigene Gewerkschaftsorganisation." Daraufhin wird die Schlußfolgerung gezogen: "Eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition – das ist es, was die Kollegen und alle fortschrittlichen Arbeiter wünschen!" Da aber nicht erklärt wird, was eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition ist, wird der Eindruck erweckt, als würde die KPD/ML den Aufbau eigener Gewerkschaften und den Austritt aus den bestehenden Gewerkschaften propagieren...'

Sympathisant aus Lübeck

RM-Redaktion:

Deine Kritik, Genosse, ist berechtigt. Der zitierte Kollege hat sich Gedanken gemacht über den Charakter des DGB-Apparats und im Kampf Vertrauen zur KPD/ML gewonnen, was sich darin ausdrückt, daß seiner Meinung nach die Partei das gesammelte Geld verwalten sollte. Um so mehr ist es die Pflicht der Partei, auf seine Ansichten einzugehen. Der Kollege hat völlig recht, wenn er einen scharfen Trennungsstrich zum DGB-Apparat zieht. Prinzipiell ist es in der Tat so, daß die Arbeiterklasse eine neue, eine revolutionäre Gewerkschaft braucht. Die Voraussetzung für die Gründung einer solchen Gewerkschaft ist allerdings, daß die Einheit der Arbeiterklasse auf einer revolutionären Grundlage hergestellt ist. Das ist heute noch nicht der Fall. Deshalb wäre es heute falsch, die Gründung einer solchen Gewerkschaft zu propagieren. Heute muß um jeden einzelnen Kollegen gegen den DGB-Apparat und gegen die modernen Revisionisten der D'K'P für diese revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse gekämpft werden. Deshalb tritt die KPD/ML für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition ein, in der sich die Arbeiter, ob Mitglieder der Gewerkschaft oder nicht, gegen den DGB-Apparat im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger zusammenschließen müssen.

IG CHEMIE-BONZEN RUFEN BÜRGERLICHES KLASSENGERICHT AN

Bei der Firma NSI in Hamburg, einem Chemiebetrieb, wurde eine Kollegin entlassen. Die "Gruppe Hamburger Kommunisten" rief zum Kampf gegen diese Entlassung und gegen die Gewerkschaftsführung und den Betriebsrat auf, die die Kündigung zusammen mit der Geschäftsleitung betrieben hatten. Ein alltäglicher Fall soweit, aber seit dem 7. Mai allerdings steht jeder mit einem Bein im Gefängnis, der über diesen Vorfall "gegenüber Dritten", wie es in der Gerichtssprache heißt, die Wahrheit verbreitet.

Hauenschildt und Witt von der IG Chemie haben nämlich beim Landgericht Hamburg geklagt. Und das Gericht hat - "der Dringlichkeit wegen ohne mündliche Verhandlung" (!) - unter Androhung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe und Gefängnis bis zu 6 Monaten einem Genossen der erwähnten "Gruppe Hamburger Kommunisten" verboten, die Wahrheit über die schändliche Rolle der IG Chemie zu verbreiten.

Danach ist es nicht erlaubt, davon zu sprechen, daß "eine Kumpanei zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführung" besteht, die sich besonders bei Entlassungen von fortschrittlichen Kollegen zeigt; ist es nicht erlaubt, davon zu sprechen, daß Gewerkschaftsführer Arbeiterverräter sind; ist es nicht erlaubt zu sagen, daß einerseits von Solidarität geschwätzt und andererseits der Rausschmiß, die aktive Unterstützung von Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitshetze und die massive Unterdrückung aller fortschrittlichen Kollegen betrieben wird; ist es nicht erlaubt, zu sagen, daß die Gewerkschaftsführung und ihre Handlanger das Geschäft des Kapitals betreiben usw.

Merke Kollege. Die IG Chemie ist eine Arbeitergewerkschaft, Hauenschild dein Interessenvertreter. Und wenn noch so viele dicke Mercedesse, wenn Riesenkonzerne des DGB beweisen, daß die Gewerkschaftsbonzen selbst Kapitalisten sind. Wenn die IG-Chemie-Bonzen dir gemeinsam mit den Kapitalisten in "harten Verhandlungen" den Lohn rauben und du gar keinen anderen Schluß ziehen kannst daraus, als daß Du es hier mit Feinden der Arbeiterklasse zu tun hast - dann befiehlt Dir das bürgerliche Klassengericht, die Klappe zu halten.

Revisionistisches

"WARUM HAUEN DENN AUS DER DDR SO VIELE AB, WENN IHNEN ALLES GEHÖRT?"

Am 18.5. kam es am Literaturtisch der Revisionisten in Westberlin Moabit zu heftigen Diskussionen. Eine Reihe von Kollegen war ziemlich empört, als die Revisionisten der 'S'EW immer wieder die DDR als "blühenden Staat" priesen, in dem sich der Wohlstand des Volkes ständig verbessert. Einige sprachen immer wieder vom geteilten Vaterland und wurden sehr wütend, als die Revisionisten auch noch versuchten, die Mauer als "Heldentat" zu preisen.

Ein Genosse der KPD/ML griff in die Diskussion ein und propagierte unseren Kampf für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland.

Er fand breite Unterstützung unter den Anwesenden. Es baute sich eine immer stärkere Front gegen die Revisionisten der 'S'EW auf. Als ein Kollege jetzt die Frage stellte: "Warum hauen denn in der DDR soviele Arbeiter ab, wenn ihnen alles gehört?" wagten die Revisionisten nicht mehr, die "sozialistische DDR" zu verteidigen und logen einfach frech, von flüchtenden Arbeitern sei ihnen nichts bekannt. Gleichzeitig begannen sie den Genossen als CDU-Anhänger zu beschimpfen, weil die KPD/ML angeblich das Gleiche wolle, wie die CDU. Da kamen sie aber schlecht an. Der Genosse erklärte noch einmal, daß es für die Arbeiter und das ganze deutsche Volk weder unter der Herrschaft der westdeutschen Imperialisten, noch der Honeckerclique in der DDR Freiheit geben kann, daß die Truppen der sowjetischen Sozialimperialisten wie die der US-Imperialisten verjagt werden müssen. Erst durch die proletarische Revolution in beiden deutschen Staaten, unter der Diktatur des Proletariats wird das deutsche Volk frei sein und sich wiedervereinigen können.

Jetzt war für die Revisionisten Feierabend. Blitzschnell packten sie ihren Literaturtisch und ihre Instrumente zusammen und zogen ab.

MAX REIMANN BELEIDIGT

Zu einem Essen am Vorabend des Grundgesetz-Jubiläums hatte Bundespräsident Heinemann alle noch lebenden Mitglieder des Parlamentarischen Rates außer Max Reimann eingeladen.

Die D'K'P war beleidigt ob dieser Brüskierung und legte "scharfen Protest" ein. Diese Nichteinladung Max Reimanns sei, so die D'K'P, eine grobe Mißachtung der konstruktiven Arbeit, die die Kommunisten nach der Niederlage des Hitlerfaschismus für die Schaffung demokratischer Verhältnisse geleistet wurde."

OSTHANDEL – SICHERT PROFIT, SCHAFFT ARBEITSLOSIGKEIT

Korrespondenz:

Als Arbeiter einer Zahnrad- und Getriebefabrik können wir am eigenen Leib spüren, was von der bürgerlichen Propaganda über den Nutzen des Osthandels und der D'K'P-These "Osthandel sichert Arbeitsplätze" zu halten ist.

Immer weniger Arbeit kommt an die Maschinen, so daß viele Kollegen Zwangsurlaub nehmen müssen. Artikel, die wir früher fertigten, werden im Rohlager verpackt und gehen in die DDR und nach Polen, wo sie besser bearbeitet und zum Teil auch fertig montiert werden.

Für den Profit der Firma ist das gut. Denn die Preise in der DDR und in Polen liegen auf Grund der massiven Ausbeutung und Unterdrückung unter denen der Deutschen Bundesrepublik. So schafft nicht nur die ostdeutsche und polnische Arbeiterklasse zum Wohl ihrer neuen Herren und der westlichen Kapitalisten, so führt dieser gepriesene Osthandel zu immer größerem Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit. Der Außenhandel kann erst im Sozialismus im Interesse des Volkes liegen, wenn sein oberstes Gebot nicht größtmöglicher Profit ist, sondern die Entwicklung einer Produktion, die auf die Bedürfnisse des Volkes und der Unterstützung anderer Völker gerichtet ist.

Hier zeigt sich auch deutlich, wie die sogenannten "Kommunisten" der D'K'P direkt zu Vertretern der Kapitalinteressen in Ost und West werden und versuchen, diesen imperialistischen Handel, der auf Kosten der beteiligten Völker geht, mit einem sozialistischen Mantel zu versehen.

Hamburg:

Türkischer Konsulatsfunktionär: "Wer seinen Gott liebt, der erschlägt die Kommunisten!"

Danes Neset von Faschistenbande des türkischen Konsulats ermordet!



Türkische Kollegen bemühen sich um den schwerverletzten Danes Neset

Mit Knüppel und Stuhlbeinen verhinderte die Faschistenbande des türkischen Konsulats, daß der bisherige konsulatshörige Vorstand des „Vereins türkischer Arbeitnehmer" abgewählt und durch fortschrittliche Kollegen ersetzt wurde. Der unter seinen türkischen Kollegen angesehene Danes Neset wurde dabei auf brutalste Weise von den Faschisten zugerichtet: mit siebenfachem Schädelbruch wurde er ins Heidberg-Krankenhaus eingeliefert, wo er an den schweren Verletzungen starb. Ein willkürlicher Mord der türkischen Faschistenbande des Konsulats!

Doch die Polizei verhaftete nicht die Mörder, sondern weitere Opfer des faschistischen Terrors!

Seit 11 Jahren hat das türkische Konsulat den „Verein türkischer Arbeitnehmer" fest in seiner Hand. Es benutzt den Verein, um der reaktionären türkischen Regierung Einfluß unter den türkischen Arbeitern in Westdeutschland zu verschaffen. Der Unmut der türkischen Kollegen über diesen Vorstand ist immer stärker geworden. Am 21. April hatte die Konsulatsclique schon einmal nur durch eine inszenierte Schlägerei ihre Abwahl verhindern können. Für den 5. Mai hatten sie daher eine neue „Wahl" festgesetzt: weit außerhalb in einem Randbezirk Hamburgs, in Norderstedt in der Gaststätte Eggers. Nur Konsulatsangehörige wurden informiert.

Doch die Geheimwahl schlug fehl: Die türkischen Kollegen hatten davon gehört und waren in Norderstedt zur Wahl erschienen. Viele hatten Frauen und Kinder mitgebracht.

Als die Arbeiter in den Versammlungssaal hinein wollten, schlug die Faschistenbande auf Kommando des Konsulatsfunktionärs Avfer Özcanoglu los: „Schlagt zu! Schlagt zu! Die Kommunisten wollen rein! Wer seinen Gott liebt, der erschlägt die Kommunisten!"

Mit Stühlen und Stuhlbeinen schlagen die Faschisten auf die Arbeiter ein. Völlig überrascht von dem feigen und hinterhältigen Angriff versuchen die türkischen Kollegen, der Schlägerbande des Konsulats zu entkommen. Die Tür ist verstopft. Frauen und Kinder sind dabei. Wahllos schlagen die Banditen des Konsulats zu. Um den furchtbaren Schlägen zu entkommen, springt ein türkischer Arbeiter durch das geschlossene Fenster. Andere drängen sich durch den verstopften Ausgang und fliehen zu ihren Frauen und Kindern, die zum Teil in einem Nebenraum beieinandersaßen, tranken und sich unterhielten.

Doch die Faschisten machen auch vor diesem Raum nicht halt, stürzen sich auf die Anwesenden und schlagen zu. **Als sie Danes Neset erblicken, der ihnen besonders als fortschrittlicher Türke bekannt war, stürzen sie sich vereint auf ihn und schlagen ihn völlig zusammen. Blutüberströmt wankt er in den Schankraum, wo er unter den Schlägen der Faschisten zusammenbricht. Noch als er auf dem Boden liegt, schlagen und treten die Faschisten wie wahnsinnig weiter.**

Die Ärzte im Krankenhaus stellen später fest: die Zertrümmerung seiner Schädeldecke kann nicht allein durch Holz (Stuhlbein und Knüppel) verursacht sein. Siebenfach ist sein Schädel gebrochen. Er überlebt die Verletzungen nicht. Ein Mordopfer der faschistischen Konsulatsbande. Auch andere türkische Arbeiter konnten sich nur schwerverletzt ins Freie retten.

Die Polizei war bereits vorher von dem Konsulatsvorstand instruiert worden – sie sollten sich bereit halten. Und dann das Ungeheuerliche: **Polizeiautos fahren vor, Polizisten verhaften auf Anweisung des Konsulatsintimus Gelgi, ein führender Kopf der Faschistenbande, genau die türkischen Kollegen, die Opfer des Faschistenterrors waren. Zugleich wird der Schlägertrupp unter Polizeischutz zu Autos geleitet und kann ungehindert verschwinden!**

Verhaftet aber werden **Mustafa Ok** und **Aynur Caner**, die von den Faschisten angegriffen wurden, verhaftet wird **Veli Caner**, der sich für einen fortschrittlichen Vorstand des Vereins zur Wahl stellen wollte, der Schüler **Aziz Balcik**, der den fortschrittlichen Wahlaufruf der Arbeiter verteilt hatte und dem die Faschisten zwei Finger zerschlagen hatten.

Er wird zwei Tage lang bei der Polizei nicht ärztlich behandelt. Verhaftet wird auch der Dreher **Yalcin Gilbiz**, der sich ebenfalls für den neuen Vorstand zur Wahl stellen wollte, der von den Faschisten mit Flaschen und Stuhlbeinen bedroht worden war. **Seine Frau, die mit ihrem Kleinkind zurückbleibt, weint verzweifelt. Denn seine Festnahme, das ist gleichbedeutend mit dem Verlust des Arbeitsplatzes – und das heißt Abschiebung.**

Noch immer sitzen 4 der Festgenommenen in Untersuchungshaft, weit weg von Hamburg, in Neumünster. Einundeinhalb Wochen lang bekamen die Angehörigen und Freunde keine Besuchserlaubnis. Begründung für die Haft bei Yalcin Gilbiz z. B.: „Es besteht Verdunkelungsgefahr. Er hat den Zeugen Gelgi während seines polizeilichen Gewahrsams massiv bedroht."

Gelgi, der Oberschläger des Konsulats, ist zum Kronzeugen der Polizei gemacht worden. Offen werden Zeugen, die die Wahrheit sagen wollen, bedroht. **So drohte der Konsulatsfunktionär Özcanoglu einem Zeugen: „In der Türkei schneidet man solchen Leuten die Fußsohlen auf und streut Salz rein." Ein anderer droht einem Verhafteten: „Ich töte Dich eines Tages, das wirst Du sehen."**

Mord, Terror und Drohungen, das sind die Methoden der Handlanger des türkischen Faschismus. Die Hilfsdienste der westdeutschen Polizei für die türkischen Faschisten sind kein Einzelfall. Die westdeutsche Bourgeoisie, die sich vor zwei Jahren die reaktionären Ausländergesetze geschaffen hat, verfolgt seit langem türkische Patrioten und ihre Organisationen, kerkert ausländische Revolutionäre ein und schiebt sie ab. Seit Monaten sitzen die beiden türkischen Patrioten Yildirim Dagyeli und Mimmit Subasi im Gefängnis wegen „Verdachts auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung". Am 5. Mai wurden in Köln 3 türkische Antifaschisten von deutscher Polizei in einer Nacht- und Nebelaktion verschleppt und ins Gefängnis geworfen. Damit versuchen die westdeutschen Imperialisten das Verbot der PATRIOTISCHEN EINHEITSFRONT DER TÜRKEI und der ANTIFASCHISTISCHEN TÜRKISCHEN STUDENTENORGANISATION vorzubereiten, wie sie es bereits mit der Generalunion palästinensischer Arbeiter und Studenten (GUPA und GUPS) gemacht haben.

Überall, wo sich die türkischen zusammen mit ihren anderen ausländischen Kollegen gegen ihre verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung erheben, arbeiten der westdeutsche Staatsapparat und die Konsulate zusammen. **Als sich im letzten Herbst bei Ford in Köln die Kollegen erhoben – am entschiedensten die türkischen Arbeiter – da waren es nicht anders als jetzt in Hamburg der westdeutsche Staatsapparat und die Faschistenbande des türkischen Konsulats, die mit Brutalität und Ausweisungsterror gegen die türkischen Kollegen vorgingen.**

Die Vorgänge in Hamburg haben viele Hamburger Kollegen zutiefst empört. Die Antifaschisten in Westdeutschland, kein fortschrittlicher Kollege wird zulassen, daß für den Profit der westdeutschen Imperialisten, dem größten Handelspartner der türkischen Faschisten, türkische Patrioten und Antifaschisten, die für ihre gerechte Sache kämpfen, ermordet, eingekerkert und an das faschistische türkische Regime ausgeliefert werden.

SOFORTIGE BESTRAFUNG DER MÖRDER VON DANES NESET!

SOFORTIGE FREILASSUNG ALLER INHAFTIERTEN TÜRKISCHEN PATRIOTEN!

TOD DEM FASCHISMUS IN DER TÜRKEI!
NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER – EINE KAMPFFRONT!

Fortsetzung von Seite 1

Schon die vorausgegangene Versetzung des Lehrers Stefan Jensen (s. RM 16/74) hatte soviel Unruhe unter Lehrern, Schülern und Eltern hervorgerufen, daß die Leitung des Lehrerseminars sich gezwungen sah, zu dieser Versetzung Stellung zu nehmen: Sie entfaltete eine üble Kommunistenhetze gegen den Lehrer.

Die KPD/ML entlarvte dies in einem Flugblatt und wies die Hetze entschieden zurück. Die Behörde vermutete, daß der Referendar Jürgen Paulick, der mit der KPD/ML sympathisiert, Verfasser des Flugblatts ist. Er war bereits mit der Klassenlehrerin seiner Klasse immer mehr aneinandergeraten, weil auch sie gegen Kommunisten hetzte. Jürgen Paulick hatte sich daher an zwei Eltern seiner Klasse gewandt, um mit ihnen über die Kommunistenhetze am Lehrerseminar in der Schule zu sprechen sowie ihnen seine Auffassung zum Unterricht in der 9. Klasse der Hauptschule darzulegen.

Diese Verbindung zwischen Lehrern und proletarischen Eltern fürchtete die Schulbehörde am meisten – zurecht: Denn er fand Sympathie und Zustimmung für seine Auffassung. Unter dem Vorwand, er hätte ohne Erlaubnis der Schule sich in Schulangelegenheiten an

Schulkampf...

die Öffentlichkeit gewandt, erhielt Jürgen Paulick Hausverbot.

Die Empörung in der Klasse des Referendars war darüber so groß, daß die Schüler am Freitag, am Tag des Rausschmisses, vorzeitig entlassen werden mußten. Sie organisierten sofort einen Streik für Montag. Montag dann ging Jürgen Paulick trotz Hausverbot in die Schule. Da sich die Klasse weigerte, ohne ihn den Klassenraum zu betreten, wurde sie auch für diesen Tag aus der Schule rausgeschmissen. Ein heftiger und scharfer Schulkampf entwickelte sich.

Seit Freitag fanden 5 Streikversammlungen statt. Immer mehr Schüler, auch von anderen Schulen und auch Eltern beteiligten sich daran. Als daraufhin Landesschulrat Neckel mit Polizei in die Schule kam, um den Referendar in Zwangsurlaub zu schicken und vom Schulgelände zu verjagen, vereitelten die Schüler, daß Jürgen Paulick von Kripo-Beamten festgenommen wurde.

Danach haben sich die Schüler einen Aktionsrat gewählt, dem nicht nur Schüler der Schule Bornheide angehören. Die Formen des Kampfes verschärfen sich: Diskussionen im Unterricht, dann Unterrichtsverweigerung und Pausenversammlungen, dann Streik mit Streikposten, Streikversammlungen ausserhalb der Schule, das Bestreiken der Schule am Mittwoch und schließlich eine Demonstration während der Schulzeit durch den Stadtteil zu anderen Schulen. Rund hundert Schüler der 5. bis 9. Klasse, einige Eltern, Referendare und Studenten nehmen an der unangemeldeten Demonstration teil. Polizeiwagen ließen den Zug nicht aus den Augen, Zivilbeamte fotografierten die Teilnehmer.

Die Streikversammlung am Freitag versuchen 8 uniformierte und 4 zivile Polizeibeamte im Haus der Jugend aufzulösen. Unter den Teilnehmern erhob sich starker Protest. Es wird in einen anderen Raum umgezogen. **Die Streikversammlung offenbarte den Grund der Empörung der Schüler und Eltern: Der Haß auf die bürgerliche Klassenschule.** Es wird angeprangert, wie die Arbeiterkinder dort der Verachtung durch den bürgerlichen Staat und seine Behörden ausgesetzt sind, wie willkürlich Zensuren festgelegt werden, Schüler kontrolliert werden, ob sie vielleicht Zigaretten usw. bei sich haben. Es wird angeprangert, wie Klassen verkleinert werden: Indem einfach sechs Schüler auf die Hilfsschule verwiesen werden usw.

Es zeigt sich, daß die Schüler gerade darum zu Recht stolz sind, daß sie den Streik organisiert haben, daß sie selbständig etwas gegen die Verhältnisse tun können, daß sie kämpfen können. Sie kämpfen für ihren Referendar Jürgen Paulick, der mit der Schulbehörde nicht mitmacht gegen die Arbeiterkinder, sondern der Eltern und Schülern die Wahrheit über die kapitalistische Klassenschule berichtet, sich auf ihre Seite stellt und mit ihnen kämpft. Darum fürchtet sich die Schulbehörde vor Jürgen Paulick, darum will sie ihn davonjagen.

Mit offenen Drohungen versucht die Behörde das Heft an der Schule Bornheide wieder in die Hand zu bekommen: Polizei hält sich ständig einsatzbereit vor dem Tor, in den Fluren und auf dem Hof. Schüler werden mit dem Verweis von der Schule bedroht, zwei Lehrerkollegen, die mit demonstriert haben, wird mit Rausschmiß gedroht. Und allen Schülern wird gedroht, daß jeder einen Vermerk im Abschlußzeugnis (zur Bewerbung bei Lehrstellen) erhält: "Hat am Streik teilgenommen."

Aber der Kampf wird nicht eingestellt: Am Sonnabend wurde im Stadtteil mit der Bevölkerung über die Vorgänge an der Schule diskutiert. Die KPD/ML unterstützte dies mit Aufführungen des Agitproptrupps "Rotes Sprachrohr", Kurzreden und einem Diskussionsstand im Stadtteil.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Vollständige Unabhängigkeit für Angola und Mocambique!

Die Bosse von Siemens, AEG, Hoechst und anderen imperialistischen Konzernen sehen täglich Millionenprofite davonschwimmen: In Mocambique wird gestreikt! Tagelang lag die Arbeit am Bau des Cabora-Bassa-Staudammes. still. Die afrikanischen Kollegen fordern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig griffen Einheiten der FRELIMO die wichtige Verbindungsstraße zwischen dem Hafen Beira und der Cabora-Bassa-Baustelle an, um die Streikenden zu unterstützen. Diese Kampfaktionen zeigen: Die Völker Afrikas, die für ihre nationale Befreiung vom portugiesischen Joch kämpfen, verlassen sich nicht auf Verhandlungen, die die Regierung in Lissabon anbot, sondern auf ihre eigenen Kräfte.





Kongreß der FRELIMO im Juli 1968



Kämpfer der FRELIMO im Ausbildungslager

Am 25. Mai begannen in London die Verhandlungen zwischen den protugiesischen Kolonialisten und der Befreiungsfront für Guinea-Bissao und den Kapverdischen Inseln um die Unabhängigkeit des Landes. Die Befreiungsbewegungen von Angola und Mocambique haben ebenfalls erklärt, daß sie zu Verhandlungen grundsätzlich bereit seien.

Heißt das, daß ab heute die unterdrückten Völker der Welt ihre Befreiung auf dem Wege friedlicher Verhandlungen erreichen können? •Ist die Parole: "Sieg im Volkskrieg" von den portugiesischen Imperialisten widerlegt worden?

Die Freiheitskämpfer in Angola, Mocambique und Guinea-Bissao haben ausdrücklich betont, daß die Verhandlungen, die jetzt eingeleitet werden, nicht der ' Vernunft" der Imperialisten zu verdanken sind, sondern einzig und allein den glänzenden Siegen der Völker Afrikas im bewaffneten Befreiungskampf. Guinea-Bissao ist das beste Beispiel: Nicht die portugiesischen Kolonialisten gaben dem Land die Unabhängigkeit, sondern der Kampf des Volkes. Seit mehr als einem halben Jahr ist Guinea-Bissao ein selbständiger Staat, der inzwischen von über 80 Ländern der Welt anerkannt wurde. "Wir legen niemals die Waffen nieder, ehe nicht das letzte Stück unseres Vaterlandes befreit ist von Unterdrückung und fremder Ausbeutung", erklärte der Präsident der Nationalen Union für die Befreiung Angolas. In der Nr. 20/74 des ROTEN MORGEN veröffentlichten wir eine ähnliche Erklärung der FRELIMO.

Noch vor wenigen Wochen erklärte General Spinola, Chef der putschenden portugiesischen Truppen: Eine bedingungslose Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien komme nicht in Frage. Inzwischen behauptet die neue Regierung in Lissabon: Wenn Angola und Mocambique Unabhängigkeit wünschen, so können sie diese in Verhandlungen sofort erreichen. Als "Zeichen des guten Willens" ging Spinola auf einige Forderungen der Befreiungskämpfer ein: Er befahl Feuereinstellung für die portugiesischen Besatzertruppen und entließ eine Anzahl weiterer politischer Gefangener.

Daß die Völker Afrikas ihre sofortige Unabhängigkeit wünschen, daran besteht kein Zweifel. Mehr als 10 Jahre haben sie mit der Waffe in der Hand für dieses Ziel gekämpft. Ob die portugiesischen Kolonialisten und ihre Herren, die US-Imperialisten, ihre schönen Worte ehrlich meinen, ist eine andere Frage. Spinola hat die Waffen keineswegs aus der Hand gelegt! Kein einziger portugiesischer Soldat wurde aus Angola und Mocambique abgezogen, im Gegenteil! Seit dem Putsch der Generale flogen neue Besatzertruppen nach Afrika. Portugal ist und bleibt Mitglied des aggressiven Kriegspaktes NATO, der die Völker Afrikas bedroht. Noch Mitte Mai schoß die FRELIMO zwei portugiesische Kriegsflugzeuge ab, die Aufklärungsflüge über befreiten Gebieten unternommen hatten.

Die Geschichte beweist, daß Imperialisten ihre aggressiven Absichten niemals freiwillig aufgeben. Auch die US-Imperialisten "garantierten" dem vietnamesischen Volk 1954 freie Wahlen und Unabhängigkeit. Mit Napalmbomben und Massakern wie in My Lay haben sie gezeigt, was Imperialisten von Verträgen halten. Ihr Interesse an den portugiesischen Kolonien in Afrika ist nicht geringer als in Vietnam. Schon lange finanzieren sie mehr als 50% der portugiesischen Kriegskosten, um ihren Einfluß in den reichen und strategisch wichtigen Ländern Angola und Mocambique zu sichern. Auch die Neuen Kreml-Zaren sind angetreten zum Kampf um die Vorherrschaft in Afrika. Daß ausgerechnet die modernen Revisionisten der 'K'P Portugals zu den eifrigsten Fürsprechern von Spinolas Afrikapolitik gehören, muß die Völker der Welt alarmieren und ihre Wachsamkeit anspornen. So schreibt die "Süddeutsche Zeitung": "Es ist wahrscheinlich, daß Kabinettsmitglieder, die über gute Beziehungen zum sogenannten 'sozialistischen Lager' verfügen, den Kreml und andere Ostblockstaaten um Vermittlung ersucht haben."

Daß die portugiesischen Imperialisten zu Verhandlungen bereit sind, ist ein Sieg der kämpfenden Völker Afrikas. Erfolgreich können diese Verhandlungen nur sein, wenn die Freiheitskämpfer in Angola, Mocambique und Guinea-Bissao ihre Waffen keine Minute aus der Hand legen. Dazu sind sie bereit. Alle ihre Erklärungen betonen: Wir werden kämpfen bis zum endgültigen Sieg.

Nieder mit der Junta! Keine Solidarität mit Luis Corvalan!

Am 31.5. findet in Essen das bisher größte Chile-Solidaritätskonzert der modernen Revisionisten der D'K'P statt. Die Solidaritätskampagne, mit dem Ziel, Luis Corvalan, den Führer der revisionistischen Partei Chiles vor den Henkern der Junta zu bewahren, findet eine relative breite Sympathie in der Bevölkerung. Was diese Menschen dazu bringt, Geld zu spenden, zu demonstrieren und ihre Unterschrift unter Protestresolutionen zu setzen, ist der beispiellose Terror der faschistischen Junta Chiles.

Die Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt und allen voran die revolutionäre Partei Chiles stehen an der Spitze dieses Kampfes gegen den Faschismus, gegen die brutalste Form der Herrschaft der chilenischen Reaktion und der US-Imperialisten. Dieses System, das nicht nur seinen Todfeind, die marxistisch-leninistische Partei, nicht nur die fortschrittlichen Arbeiter und Bauern Chiles, sondern auch die Gegner des gegenwärtigen Regimes aus den Reihen der bürgerlichen Parteien bis hin zur revisionistischen KP Chiles verfolgt, foltert und mordet, verdient nichts anderes als den Haß der gesamten fortschrittlichen Weltöffentlichkeit. Deshalb sind wir auch gegen eine Verurteilung von Corvalan durch die Gerichte der Junta.

Warum sagen wir aber dann "keine Solidarität mit Corvalan!"? Darum, weil auch der Tod, der Corvalan jetzt durch die Juntagerichte droht, nichts, aber auch gar nichts daran ändert, daß Corvalan ein Todfeind des chilenischen Volkes ist, genauso wie die D'K'P hier bei uns ein Todfeind der Arbeiterklasse ist. Corvalan und die revisionistische KP Chiles waren es die bis zum Tag des Putsches geschrien haben "Bloß keinen Bürgerkrieg". Sie waren es, die dem Volk den einzigen Weg verstellt haben, der die zehntausende von gemordeten Arbeitern und Bauern hätte retten können: der Griff der Massen zum Gewehr. Mit diesen Wegbereitern des Faschismus gibt es kein Mitleid, hier darf nicht verzichtet und vergessen werden. Und hier gibt es schon gar keine Solidarität. Dieses Mitleid ist es gerade, worauf die Revisionisten spekulieren, um damit den Klassenhaß und den Haß auf den Verrat der revisionistischen 'K'P Chiles zu ersticken, um so aufs neue das chilenische Volk von einem siegreichen, bewaffneten Befreiungskampf gegen den US-Imperialismus und die chilenische Reaktion abzuhalten.



September 1973: mit blutigem Terror übernimmt die faschistische Junta in Chile die Macht.

SOFORTIGE FREILASSUNG DER DREI SPANISCHEN ANTIFASCHISTEN UND PATRIOTEN!

Unter dieser Parole rufen die Revolutionäre, Antifaschistische und Patriotische Front (FRAP), die Deutsch-Spanische Freundschaftsgesellschaft, die Organisation Griechischer Marxisten-Leninisten und die KPD/ML mit ihrer Jugendorganisation Rote Garde für Samstag, den 1. 6., zu einer Demonstration auf.

Die drei spanischen Antifaschisten und Patrioten, verhaftet wegen eines angeblichen Bombenanschlags auf ein spanisches Reisebüro, werden bereits seit 11 Wochen in Haft gehalten. Trotz der harten Haftbedingungen und der ständigen Drohung an das faschistische Regime Spaniens ausgeliefert zu werden, ist der Mut der Spanier ungebrochen. Ein Genosse der Freundschaftsgesellschaft, der die drei spanischen Antifaschisten und Patrioten besuchen konnte, berichtet, daß einer von ihnen begeistert erzählte, daß er die erste Demonstration vom Gefängnis aus hören konnte. Zusammen, im gemeinsamen Kampf, werden wir es schaffen – das war die Ansicht aller.

Demonstration am 1. 6. in Düsseldorf, Treffpunkt 15 Uhr, Hauptbahnhof.

Aus aller Welt

VIETNAM:

Nachdem die Provisorische Regierung von Südvietnam aus Protest gegen die ständigen Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens durch die US-Imperialisten und ihre Saigoner Marionetten die Gespräche in Paris zur Bildung eines "Nationalen Rates der Versöhnung" abgebrochen haben, sind die Kämpfe in Südvietnam erneut angewachsen. Die CIA-Flugzeuggesellschaft ' Air America" fliegt täglich neue Kriegsmaterialien und "Berater" für Thieu ein. Im Norden des Landes versuchten Truppen der Saigoner Faschisten erfolglos, in befreites Gebiet einzudringen.

Während die Truppen der Marionettenclique zurückgeschlagen wurden, erkämpften, die Soldaten des Volkes in Südvietnam neue Siege: Am 21.5. sprengten sie drei strategisch wichtige Brücken in die Luft, steckten Treibstofflager Thieus in Nha Be in Brand und schlugen 40 km von Saigon entfernt die Angriffe Thieus auf mehrere Stellungen zurück.

SPANIEN:

Tausende von Studenten demonstrierten am 9. Mai in Madrid und Barcelona. Sie demonstrierten gegen die geplanten verschärften Studienbedingungen und forderten mehr Rechte. Trotz Verbots durch die Regierung wurden in Madrid Kundgebungen abgehalten und in Barcelona eine Demonstration durchgeführt. In beiden Städten kämpften die Studenten gegen die anrückende Polizei. Dies war die größte Demonstration, die spanische Studenten in den letzten drei Monaten durchgeführt haben.

Am 20.5. erschoß die spanische Polizei zwei Mitglieder der ETA bei dem Versuch, sie in der Nähe von San Sebastian festzunehmen.

INDIEN:

Noch immer hält die indische Regierung mehr als 30 000 Streikführer gefangen. Die indischen Arbeiter, die seit Tagen im Generalstreik stehen, haben in gewaltigen Demonstrationen gegen diese faschistischen Anschläge auf die Arbeiterklasse protestiert.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19:00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

Religion ist Opium fürs Volk!

„Der heilige Geist kam über sie und sie predigten mit Feuerzungen und verkündeten das Wort Gottes in aller Welt" – mit derart biblischem Brimborium feiern die Kirchen zu Pfingsten das „zweitausendjährige Christentum". Papst Paul hat noch schnell eine päpstliche Bulle herausgegeben, in der es heißt: „Das allgemeine Thema des heiligen Jahres 1975 ist die Aussöhnung der Menschheit mit Gott und der Menschen untereinander."

„Liebet eure Feinde" steht in der Bibel. Das würde den imperialistischen Räubern so passen, wenn die Völker ihre Mörder lieben. Das gefiele ihnen, wenn die Arbeiterklasse denen vergibt, die ihr das tägliche Brot vom Tisch stehlen! Nicht Liebe kann die Antwort der unterdrückten Volksmassen sein, sondern Haß. Brennender Klassenhaß, der überall in der Welt die bewaffneten Freiheitskämpfe beflügelt. Als Waffe gegen diese Kämpfe setzen die Ausbeuter die Religion ein.

Oft noch kann man das von Kollegen hören: „In die Kirche gehe ich schon lange nicht mehr. Die Kirche, das ist Schwindel und Betrug. Die predigt Nächstenliebe, und ist selber einer der größten Ausbeuter und Unterdrücker. Aber an Gott glaube ich schon noch. Irgendwo muß es ja noch ein höheres Wesen geben. Manchmal bete ich auch noch, wenn ich nicht weiß, was ich machen soll."

Zweifellos: Die Religion ist noch immer eine gefährliche Spielart der bürgerlichen Ideologie. Auch wenn die leeren Kirchen, die steigenden Kirchenaustritte zeigen, daß die werktätigen Massen sich immer mehr vom Kirchenapparat lösen, so bleibt die Religion ein Gift, das ihre Köpfe vernebeln soll.

In allen Religionen, gleichgültig ob Christentum, Buddhismus oder den Naturreligionen, drückt sich die Sehnsucht der unterdrückten Volksmassen nach Freiheit und Recht, nach dem Ende der Ausbeuterherrschaft aus. Das meint Karl Marx, wenn er von der „Illusion des Glücks", vom „Protest gegen das Elend" durch die Religion spricht.

Die Sklavenhalter und Feudalherren jedoch, samt ihren Pfaffen, und heute die Bourgeoisie, vertrösteten das Volk auf ein „fernes, überirdisches Glück nach dem Tode", um sie um so fester mit den irdischen Ketten der Ausbeutung zu fesseln. Die Versprechungen des „Paradieses" sollen das unerträgliche Leben der werktätigen Massen versüßen. Die mangelnde Entwicklung der Wissenschaften, die Tatsache, daß viele Naturereignisse noch nicht wissenschaftlich erklärt werden konnten, half den Ausbeuterklassen dabei, ihre Herrschaft über das Volk unter Berufung auf „Gott" zu rechtfertigen. Es ist kein Wunder, daß die Kirchen bis heute oft erbitterte Feinde der Naturwissenschaften geblieben sind.

Seit alters her haben sich die herrschenden Ausbeuterklassen der Religionen bedient, um die unterdrückten Massen ins Joch der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder Lohnsklaverei zu pressen. In allen Gesellschaften hat die Religion letztlich eine reaktionäre, konterrevolutionäre Rolle gespielt.

„Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt" sagt Karl Marx. Nicht anders als die Philosophie, als Recht, Kunst usw. ist die Religion ein Teil der Ideen, mit deren Hilfe die Ausbeuterklassen die bestehenden Produktionsverhältnisse und damit ihre Herrschaft zu festigen hoffen. So wie sich in der Geschichte die Ausbeuterklassen ablösten, haben sich auch die verschiedenen Religionen abgelöst. Jede herrschende Klasse paßte sie ihren besonderen Bedürfnissen an. Es gibt kein „zweitausendjähriges Christentum", von dem die Kirche redet. Die Religion Luthers war die Religion des aufstrebenden Bürgertums. Unter den Verhältnissen des Zarismus sah Lenin die „Wurzeln des religiösen Glaubens in der Gesellschaftsordnung, in der auf Kleinbesitz basierenden Denkweise der Kleinproduzenten." (Krupskaja). In allen Gesellschaftsformen aber, gleichgültig ob Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus oder Kapitalismus, erfüllt die Religion den gleichen Dienst: die geknebelten Volksmassen vom Klassenkampf abzuhalten. Deshalb sind die Kernpunkte aller Religionen auch seit Jahrtausenden gleich geblieben:

Nicht die Menschen sind Herren ihres Geschicks, sondern ein „überirdischer Gott", in dessen Händen Kaiser und Sklaven gleichermaßen nur Werkzeuge des „göttlichen Willens" sind. Die weltliche Macht ist von Gott verliehen, jede Auflehnung ein schweres Verbrechen. „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist", lautet ein Kernsatz der Bibel. „Die öffentliche Gewalt stammt von Gott, nicht von der Menge; die Freiheit zu Aufruhr widerspricht der Vernunft", heißt es in einer päpstlichen Enzyklika von 1885, also bereits aus der Zeit des Kapitalismus, der bürgerlichen „Demokratie".

Bewußt setzt die Bourgeoisie diese reaktionäre Ideologie gegen die Werktätigen und unterdrückten Völker ein. Sie überschüttet schon kleine Kinder mit religiöser Propaganda – Religion ist Schulpflichtfach – sie hat unter den Jugendlichen die konterrevolutionäre Bewegung „Jesus People" entfacht, sie hat die Kirche zum Teil des Staates ausgebaut. Es wäre idealistisch, zu behaupten, diese massive religiöse Propaganda habe keinen Einfluß unter den unterdrückten Volksmassen.

Die Religion mit dem wissenschaftlichen Sozialismus bekämpfen!

Mit der fortschreitenden Entwicklung der Naturwissenschaften, mit der zunehmenden Einsicht in die Entwicklungsgesetze der menschlichen Geschichte konnten die Volksmassen den reaktionären Charakter der Religion immer besser durchschauen. Doch erst der wissenschaftliche Sozialismus, die Weltanschauung der Arbeiterklasse, hat den unterdrückten Klassen das wissenschaftliche Rüstzeug zum Kampf gegen die Religion geliefert. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus wiesen wissenschaftlich nach, daß nicht ein „überirdisches Wesen" das Schicksal der Menschen bestimmt, sondern die Menschen selbst. Nicht „Ausdruck göttlichen Willens" ist die Geschichte, sondern eine Geschichte der Klassenkämpfe. Nicht Gott schickte Millionen in imperialistischen Raubkriegen in den Tod, sondern die Profitgier der Ausbeuter. Nicht auf Gott stützen sich Feudalherren, Großgrundbesitzer und Kapitalisten, sondern auf die Bajonette ihrer Soldaten, auf ihre Polizei, ihre Richter und Henker. Von einer Erlösung im Jenseits hat die Arbeiterklasse nichts zu hoffen. Sie muß sich selbst vom Joch des Kapitalismus erlösen, und sie kann das nur erreichen im revolutionären Kampf, durch den bewaffneten Sturz der Kapitalistenklasse und ihres Staates.

„Der Kampf gegen die Religion ist also mittelbar ein Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist", schreibt Karl Marx. Der Kampf gegen die Religion ist ein Kampf gegen die bürgerliche Ideologie in den Köpfen der werktätigen Massen, ist ein Kampf gegen die Bourgeoisie selbst. Immer wieder haben die Klassiker des Marxismus-Leninismus hervorgehoben, wie wichtig dieser Kampf ist. Denn selbst dort, wo die Arbeiter der Kirche den Rücken gekehrt haben, lähmt die religiöse Propaganda der Bourgeoisie ihre Kampfkraft.

So berichtet z. B. Genossin Krupskaja in ihren Erinnerungen an Lenin:
Ein Arbeiter, der sein ganzes Leben einer Sekte angehörte und sein ganzes Leben Gott gesucht hatte, schrieb voll Befriedigung, er habe erst in der Passionswoche von Rudakow, der auch die Abendschule besuchte, erfahren, daß es Gott gar nicht gibt. Da sei ihm ein Stein vom Herzen gefallen, denn man könne sich nichts Schlimmeres denken, als ein Sklave Gottes zu sein. Dem könne man nirgends entrinnen. Da sei man doch noch lieber ein Sklave vom Menschen, denn Menschen könne man wenigstens bekämpfen.

Heute, im Imperialismus, wo sich die Kirchen immer mehr leeren, ist doch nach General Gruenther „das Christentum der moralische Kitt der NATO". Eine der Lehren, die die US-Imperialisten aus dem Korea-Krieg zogen, war, daß „nicht zu intelligente Mittelstandschristen" den „kommunistischen Gehirnwäschen" am besten standgehalten hätten.

Lenin stellte der Religion die materialistische Weltanschauung gegenüber. Er betonte, wie wichtig es sei, die antireligiöse Propaganda mit der Naturwissenschaft sowie mit den Errungenschaften der Technik zu verbinden und die Klassenwurzeln der Religion bloßzulegen. Im Jahre 1920 sagte er auf einer Konferenz parteiloser Arbeiter und Rotarmisten: „Früher sagte man: ‚Jeder für sich und Gott für uns alle'. Wieviel Leid ist daraus entstanden! Wir dagegen sagen: ‚Jeder für alle, ohne Gott, aber werden wir schon irgendwie auskommen'. "



Agitproptrupp der KPD vor 1933.

Der Kampf gegen die Religion in den sozialistischen Ländern

Und in der Tat: Dort, wo die Massen sich auf die eigene Kraft stützen, wo sie unter der Führung der Partei die Bourgeoisie stürzten und die Diktatur des Proletariats errichteten, lernten sie sehr schnell, ohne Gott auszukommen. So schreibt die Genossin Krupskaja: „Wir sehen, wie die rasche Entwicklung der Kollektivierung der Landwirtschaft der Religion jede Grundlage entzieht. Mit der zunehmenden Kollektivierung wächst in den Massen die Gleichgültigkeit gegenüber der Religion... Die Religion stirbt aus."

Wie alle bürgerlichen Ideen, kann auch die Religion erst im Sozialismus vollständig ausgerottet werden, denn erst dort sind ihr alle materiellen Grundlagen entzogen. Der Glaube an Gott und an eine „göttliche Staatsmacht" ist untrennbar verbunden mit der Existenz der Ausbeuterklassen und ihres Staatsapparates. Wo die Ausbeuter verschwinden, da verschwindet auch ihr Gott.

In den sozialistischen Ländern China und Albanien ist der Einfluß der Religion bereits weitgehend zurückgedrängt. Dabei gingen die kommunistischen Parteien immer nach zwei Gesichtspunkten vor: Sie unterdrückten die Kirche, hoben jede Verbindung zwischen Kirche und Staat auf und bekämpften den Kirchenapparat, wo überall er sich als Brutstätte der Konterrevolution entwickelte. Den religiösen Aberglauben in den Köpfen der Massen dagegen begannen sie, durch geduldige Überzeugungsarbeit auszulöschen. Es war das Volk selbst, das in Albanien Kirchen und Klöster in Sportzentren oder Kulturstätten verwandelte. 1967, 20 Jahre nach der Revolution, wurde die letzte Kirche in Albanien nützlichen Zwecken zugeführt: das Volk braucht keine Betpaläste mehr.

Kann das Christentum revolutionär sein?

Dagegen, daß die Massen ohne Gott auskommen wollen, stemmt sich die Bourgeoisie mit allen Mitteln. Heute, wo der Kampf der Völker täglich aufs Neue beweist, daß die Haupttendenz in der Welt die Revolution ist, „verfeinert" sie das Christentum, um eine noch bessere Waffe im Klassenkampf daraus zu schmieden. In vielen Ländern, in Lateinamerika vor allem, predigt das „moderne Christentum" plötzlich „Revolution", setzen sich katholische Bischöfe für soziale Reformen ein und berufen sich dabei auf Gott. „Jesus war der erste Revolutionär", tönt es auf einmal aus dem Mund der Pfaffen. „Die sogenannte Dritte Welt müßte unser Ausweichen vor dem Revolutionsbegriff als Parteinahme für die Unterdrücker ansehen", erklärte ein Religionskongreß 1968, und „wir glauben, daß wir als Christen Entscheidendes zur Weltrevolution ohne Waffen beitragen können."

Ob die Pfaffen nun die Revolution ohne Waffen predigen oder ob sie, wie teilweise in Lateinamerika, zum bewaffneten Aufstand aufrufen: Sie tun es unter Berufung auf Gott, sie verkünden die „soziale Revolution", um das Christentum und damit die bürgerliche Ideologie zu retten. In den Kämpfen der Völker leisten sie damit der Bourgeoisie bessere Dienste, als es die offen reaktionäre Religion könnte, die die vollständige Unterwerfung des Volkes predigt.

Wen wundert es, daß ausgerechnet die modernen Revisionisten begeisterte Anhänger dieser „modernen Theologie" wurden, daß sie die Religion als Mittel entdeckten für ihre schändliche Agentenrolle in der Arbeiterbewegung? Die Restauration des Kapitalismus in den revisionistischen Ländern ging Hand in Hand mit der Restauration des Christentums und der Kirche. Mehr als 50 Mitglieder der D„K"P predigen jeden Sonntag das „Wort Gottes" von der Kanzel. Ein Sprecher der D„K"P erklärte dazu: „In Statut und Parteitagsthesen kommt das Wort ‚Atheismus' nicht vor", und ein anderer D„K"P-Bonze: „Die Kirche ist ein Dienstleistungskonzern für die Bereiche der Sozialisation, Familie und Freizeit."

Je mehr die modernen Revisionisten die Bedeutung der Religion im Klassenkampf herunterspielen, desto klarer und konsequenter müssen wir als Marxisten-Leninisten diese reaktionäre Ideologie bekämpfen. Den wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterbewegung tragen, heißt auch, den Massen zu zeigen, daß sie keinen Gott brauchen, wenn sie sich auf die eigenen Kräfte stützen. Religion ist Opium fürs Volk – das Volk braucht kein Rauschgift, um die von den Ausbeutern zugefügten Schmerzen zu vergessen. Das Volk braucht die Revolution, den Sozialismus, das Ende der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Unterdrückung.

„Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestaktion gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.
Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über einen Zustand aufzuheben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertals, dessen Heiligenschein die Religion ist... Die Kritik des Himmels verwandelt sich damit in die Kritik der Erde, die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik.
Die Waffe der Kritik kann allerdings nicht die Kritik der Waffen ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift... "
(Karl Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie).

Hamburger Parteibüro von Polizei durchsucht

Zum zweiten Mal innerhalb von wenigen Wochen durchsuchten Polizeibeamte am 22. 5. das Büro der KPD/ML in Hamburg. Anlaß war die Verhinderung des NPD-Parteitages durch die KPD/ML und andere Organisationen, bei der es zu harten Kämpfen mit der Polizei gekommen war. Hierbei waren den Polizisten auch Polizeihelme und Knüppel abgenommen worden. Die Polizei begründete die Durchsuchung des Hamburger Parteibüros damit, daß in einem Flugblatt der KPD/ML von der Erbeutung dieser Gegenstände die Rede war.

Diese erneute Durchsuchung des Hamburger Parteibüros ist, wie die erste im Anschluß auf den brutalen Polizeieinsatz gegen Hamburger Schüler, ein Versuch, die Partei zu terrorisieren, ein Versuch, die Hamburger Bevölkerung davon abzuhalten, mit der Partei über dieses Büro Kontakt aufzunehmen.

HÄNDE WEG VOM HAMBURGER PARTEIBÜRO!
HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

KIEL

Am 6. Juni findet in Kiel der sogenannte Grundgesetzprozeß statt. Angeklagt sind ein Genosse des KSB/ML und 11 Mitglieder des ehemaligen AStA der Universität Kiel. 30 Zeugen sind gegen die angeklagten Genossen aufgestellt, der Prozeß soll mindestens drei Wochen dauern. Die Anklage lautet auf Landesfriedensbruch, gemeinschaftliche Nötigung, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Der Prozeß, bei dem es um die Sprengung einer Veranstaltung von RCDS und Burschenschaften "Grundgesetz in Not" geht, findet nicht wie ursprünglich geplant vor dem Schöffengericht, sondern auf Einspruch der Staatsanwaltschaft vor dem Landgericht statt. Die Staatsanwaltschaft begründet das damit, daß es hier nicht um "durchschnittliche" strafbare Handlungen ginge, sondern um einen politischen Angriff auf die "geltende Verfassung und ihre Verfechter". Deshalb habe der Fall exemplarische Bedeutung.

BIELEFELD:

Am 27.5. begann in Bielefeld der erste von rund 100 zu erwartenden Prozessen gegen Mitglieder des Arbeiterjugendzentrums. 145 Jugendliche waren vor einem Jahr bei der Räumung des Jugendzentrums von der Polizei festgenommen worden. Gegen 100 wurde Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet, 7 sollen als "Rädelsführer" verurteilt werden. Gegen diesen Versuch, an einzelnen ein Exempel zu statuieren, demonstrierten schon im April 73 rund 600 Jugendliche mit einem großen Transparent vorneweg: Wir sind alle Rädelsführer.

LÜBECK

Am 2.5. wurde ein Lübecker Genosse durch ein Hamburger Gericht zu 500 DM Geldstrafe verurteilt, weil er ein Plakat angeklebt hatte. ("Sachbeschädigung" und "Widerstand gegen die Staatsgewalt"). Der Richter: Sachbeschädigung läge deshalb vor, weil der Inhalt des Plakats "besonders widerwärtig sei und geeignet, die Bahnhöfe unserer Stadt zu verunzieren." Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

MÜNCHEN:

Am 28.5. findet in München die Berufung im Prozeß gegen drei Verteiler des "Roten Anlasser" wegen "Beleidigung" des Werkschutzmannes Schmitz statt. Im ersten Prozeß, in dem die Zusammenarbeit zwischen BMW-Kapitalisten, Werkschutz, Polizei und bürgerlicher Klassenjustiz völlig offen zutage trat, wurde ein Verteiler zu 3 Monaten Gefängnis ohne Bewährung, ein weiterer zu 400 DM Geldstrafe verurteilt.

Vor einiger Zeit nahm Rechtsanwalt Reinhard, Verteidiger der Genossin Gudrun Ensslin, einige leere Patronenhülsen, die er von einem Gerichtssachverständigen als Demonstrationsstücke erhalten hatte, mit zu seiner Mandantin in die Zelle. Jetzt versucht das Stuttgarter Justizministerium, diese Tatsache in einen "Test zur Prüfung der Sicherheitsvorkehrungen" umzufälschen, um so einen erneuten Vorwand zu finden, die Verteidigerrechte bei politischen Gefangenen noch mehr einzuschränken. "Der Vorgang wird nicht ohne Grund verfälscht," heißt es darum auch in einer Stellungsnahme der Rechtsanwälte Reinhard und Jacobi, sondern um "den Benutzungszwang für die als Besuchzellen bezeichneten Panzerglaskäfige durchzusetzen und die Isolation der politischen Gefangenen zu rechtfertigen." Aus Protest gegen dieses Vorgehen der bürgerlichen Klassenjustiz haben die Rechtsanwälte ihre Mandate niedergelegt.

**Spenden für politisch Verfolgte an:
Konto Karin Sandmann
Dresdner Bank
Zweigstelle 46 Dortmund, Borsigplatz, Kto Nr. 81 355 107.**

Woher droht vor allem die faschistische Gefahr?

In der letzten Zeit häufen sich die Aktivitäten offen faschistischer Organisationen wie der NPD, der „Mut"-Gruppe, der „Abendländischen Legion" und anderen. Die Tetzlaff-Serie im Fernsehen, die Herausgabe der Reihe „Das III. Reich", die Nostalgiewelle oder auch die Kampagne „Freiheit für Rudolf Heß", die von Bundespräsident Heinemann persönlich unterstützt wird – die verstärkte direkte oder indirekte Propagierung des Faschismus durch das Fernsehen oder bürgerliche Verlage sind das Klima, das die Aktivitäten der offen faschistischen Organisationen anwachsen läßt. Angesichts der Verschärfung der Klassenkämpfe sollen sie die Arbeiterklasse von den Faschisierungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates ablenken und gleichzeitig „testen", wie die Bevölkerung auf diese offen faschistischen Provokationen reagiert.

Die Partei ist an verschiedenen Orten dieser faschistischen Provokation massiv entgegengetreten. Dabei hat die Partei von Anfang an betont, daß die Hauptgefahr der Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur der Bourgeoisie nicht von diesen offen faschistischen Organisationen ausgeht, nicht von einer „Machtergreifung" Adolf Thaddens oder anderer Faschistenhäuptlinge. **Die Hauptgefahr der Errichtung des Faschismus droht heute von den bürgerlichen Parteien wie CDU oder SPD, sie liegt in der zunehmenden Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates.**

Der antifaschistische Kampf der Arbeiterklasse muß sich deshalb auch nicht vor allem gegen diese offen faschistischen Provokationen richten, sondern gegen die Faschisierung des Staatsapparates.

Wer wie die modernen Revisionisten der D„K"P, aber auch wie einige opportunistische Organisationen, der Arbeiterklasse weismachen will, sie könne die faschistische Gefahr bannen, indem sie die offenen Faschisten, die sich mit ihren Ständen breit machen, verjagt, der lügt. Es gibt nicht auf der einen Seite den Faschismus, vertreten durch die NPD, durch Strauß und offen faschistische Organisationen, und auf der anderen Seite die bürgerliche Demokratie. Die Arbeiterklasse kann bei uns nicht erst die Faschisten verjagen und dann den Kapitalismus beseitigen. Der Faschismus hat seine Klassengrundlage in der Herrschaft des Kapitals. Er ist die offen terroristische Form seiner Herrschaft, zu der es greift, wenn die bürgerliche Demokratie ihre Herrschaft nicht mehr sichern kann. Alles, was die Arbeiterklasse davon ablenkt, die Wurzeln des Faschismus in der bürgerlichen Demokratie zu erkennen, hat mit antifaschistischem Kampf nichts zu tun, sondern ebnet im Gegenteil dem Faschismus den Weg.

Bei solchen Aktionen der Partei und anderen Antifaschisten gegen die offen faschistischen Gruppen wie am Haus Voss in Dortmund, wie jetzt beim NPD-Parteitag in Hamburg usw. ist jedesmal ein Riesenaufgebot von Polizei aufgefahren. Regelmäßig hat sich der Kampf hauptsächlich zwischen den Demonstranten und der Polizei abgespielt und wurde vor den bürgerlichen Klassengerichten fortgesetzt. Was diese brutalen Knüppeleinsätze der Polizei, was die Terrorurteile der bürgerlichen Klassengerichte im Anschluß an solche Demonstrationen zeigen, ist die fortschreitende Faschisierung des Staatsapparates. Die Arbeiterklasse muß die Polizei, die bürgerliche Klassenjustiz darum nicht deshalb bekämpfen, weil sie die braunen Todfeinde der Arbeiterklasse in den Reihen der NPD, der „Abendländischen Legion" usw. „schützt". Sie muß sie bekämpfen, weil dieser bürgerliche Staatsapparat selbst der Todfeind der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes ist, mit dem die Kapitalistenklasse ihre Herrschaft vor der drohenden proletarischen Revolution retten will.

Die Revisionisten versuchen heute, die besondere Form des Hitlerfaschismus, mit Aufmärschen auf den Straßen, SA und SS, den Massen als das Wesen des Faschismus zu verkaufen. Viele Menschen, besonders diejenigen, die den Terror des Hitlerfaschismus am eigenen Leib gespürt haben, lassen sich in ihrem zutiefst berechtigten Haß auf diese braune Pest davon noch irreleiten.

Die Bourgeoisie kann aber heute nicht genauso wie vor 40 Jahren die Errichtung einer faschistischen Terrorherrschaft vorbereiten. Dem stehen die weitere Zuspitzung der Klassenwidersprüche im Weg und die Lehren, die das deutsche Volk aus dem Hitlerfaschismus gezogen hat. Deshalb geht sie heute anders vor, raffinierter. Nicht der Sturmschritt der SA kündet heute hauptsächlich von der Gefahr einer erneuten Errichtung des Faschismus, sondern der Terror von bürgerlicher Klassenjustiz und Polizei auf der Grundlage der Gesetze dieses Staates. Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter, Terrorurteile gegen Kommunisten und fortschrittliche Menschen, die Ermordung von Revolutionären durch die Polizei oder durch Isolierfolter in den Gefängnissen – für alle diese Maßnahmen findet sich ein Paragraph oder ein Gesetz, das sie als notwendig zum „Schutz der Demokratie" ausweist.

Wenn darum heute angesichts von knüppelnden Polizisten und folternden Justizbeamten immer häufiger Menschen sagen: Gestapo-Methoden, dann ist das völlig richtig. Zwar haben wir heute noch keine faschistische Diktatur – der faschistische Terror sieht anders aus – aber diese Menschen sehen, von wo die faschistische Gefahr heute hauptsächlich ausgeht.

Es ist darum auch die hauptsächliche Aufgabe der Partei, wenn sie gegen die offen faschistischen Gruppen vorgeht, wieder und immer wieder zu zeigen, daß die Antifaschisten sich heute gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen müssen. Nur wenn dieses Unterdrückungsinstrument rechtzeitig dem Kapital aus der Hand geschlagen und durch die proletarische Revolution zerschlagen wird, kann der Faschismus verhindert werden.

Keine Solidarität mit dem Revisionisten Holzer!

Der bekannte revisionistische Soziologieprofessor Holzer soll ab 30. Juni nicht mehr an der Universität München lehren. Holzer ist ein Paradebeispiel für den gefährlichen Einfluß der modernen Revisionisten von der D'K'P. Mit seinen scheinbar "linken" Seminaren hat er es verstanden, viele Studenten aus der Studentenbewegung von der Orientierung am Marxismus-Leninismus abzuhalten und ihnen die Theorien vom "friedlichen Übergang zum Sozialismus" als Kommunismus zu verkaufen.

Jetzt ist Holzer wie auch eine ganze Reihe anderer Revisionisten vom Berufsverbot betroffen. Diese Welle von Berufsverboten gegen Mitglieder der D'K'P ist kein Zufall. So, vom kapitalistischen Staat scheinbar als Kommunisten verfolgt, soll die D'K'P als revolutionäre Alternative vor den fortschrittlichen Arbeitern und Studenten aufgemöbelt werden, soll der Haß der Bevölkerung gegen die politische Unterdrükkung mißbraucht werden, um sie zum aktiven Einsatz für diese Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse und am Kommunismus zu bewegen.

"Holzer ist Marxist" – das war auch der Haupttenor in allen Beiträgen an der Universität München, die zu seiner Unterstützung aufriefen. Dabei machten die Opportunisten vom 'K'SV, der Studentenorganisation der Gruppe Rote Fahne, keine Ausnahme. Statt vor den Studenten dieses hinterhältige Manöver der Bourgeoisie zu entlarven, mit dem die Studenten den Revisionisten in die Arme getrieben werden sollten, riefen sie nach der Devise: 'Berufsverbot ist Berufsverbot' ebenfalls zur Unterstützung des Revisionisten Holzer auf. In Flugblättern priesen sie Holzer als eine "reale Gefahr" für die Bourgeoisie, lobten ihn, weil in seinen Seminaren von Klassenkampf die Rede sei und erklärten, daß angesichts des Berufsverbots, die "Fehler", die er dabei mache, nicht so wichtig seien.

Die einzigen, die gegen diesen großangelegten Betrug an den Interessen der Studenten auftraten, waren die Genossen des KSB/ML. Sie traten bei den Versammlungen und den "Solidaritätsdemonstrationen" auf, entlarvten den üblen Charakter der D'K'P und riefen angesichts dieser Schmierenkomödie von politischer Unterdrückung zum Kampf gegen die wirkliche politische Unterdrückung in den Betrieben, auf der Straße und in den Gefängnissen auf. Wie kann man denn solidarisch sein mit jemandem wie Holzer, der ausdrücklich verlangt, daß auf einer Demonstration für ihn, "aktive Gewerkschafter" sprechen, wie z.B. der IG Druck und Papier-Bonze Späth, der den Ausschluß des klassenkämpferischen Betriebsrats H. Heiner betreibt?

Auf einer Veranstaltung der Revisionisten zeigt sich der Erfolg des konsequenten Kampfes des KSB/ML. Holzer liest aus einem Flugblatt vor und startet eine wilde Hetze. Unsere Genossen melden sich zu Wort. Es soll gleich abgeblockt werden. Aber die Stimmung ist so gegen die Revisionisten, daß ihnen nichts anderes übrigbleibt, als den Genossen ausführlich reden zu lassen. Sie trauen sich noch nicht einmal, einzugreifen, als der Genosse entlarvt, daß die D'K'P nicht nur eine Partei des Verrats am Kommunismus, sondern gleichzeitig auch ein Wegbereiter des Faschismus ist. Durch dieses Auftreten des KSB/ML – auch durch eine Veranstaltung – ist es gelungen, bei einer Reihe von Studenten das Bewußtsein von der Gefährlichkeit der modernen Revisionisten zu erhöhen und noch mehr Sympathien für den KSB/ML zu gewinnen.

URTEILE IM ARSENSCHLAMM-PROZESS:

Giftmüllverbrecher werden geschont!

12 Jahre Gefängnis für Horst Mahler für einen unbewiesenen „Mordversuch".

6 Jahre für Rolf Pohle für einen unbewiesenen „Mordversuch".

8 Jahre für Gabriele Kröcher-Tiedemann für einen unbewiesenen „Mordversuch".

1 Jahr für Hausbesetzer in Hamburg; 18 Monate für Sascha Haschemi wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration; 1 Jahr für Norbert Osswald und Michael Schulte für "Verächtlichmachung der Bundesrepublik" in Flugblättern und Betriebszeitungen.

ABER:

9 - 21 MONATE FÜR DIEJENIGEN VERBRECHER, DIE VOR ZWEI JAHREN SOVIEL GIFTMÜLL AUF ÖFFENTLICHEN MÜLLHALDEN ABLAGERTEN, DASS MIT DIESER MENGE DIE GANZE MENSCHHEIT HÄTTE AUSGEROTTET WERDEN KÖNNEN. KEINE ANKLAGEN FÜR DIE GROSSEN KAPITALISTEN, DIE HINTER DEN VERURTEILTEN FUHRUNTERNEHMERN UND KLEINKAPITALISTEN STEHEN!

Arsen im Grundwasser und in Badeseen; Arsen im Rhein und auf Müllkippen; Arsen, das skrupellose Händler an Bauern als "Düngemittel" verkaufen, sodaß die Äcker ruiniert werden; Arsen, das nicht mit hohen Kosten sicher gelagert wurde, sondern das profitgierige Kapitalisten mit Riesenprofiten in der Bevölkerung abluden.

Im Kapitalismus ist Mord aus Profitgier ein Kavaliersdelikt. 21 Monate Gefängnis für einen Millionenprofit – das ist für einen Kapitalisten ein rentables Geschäft. Ein Arbeiter verdient in der gleichen Zeit nicht einmal einen Bruchteil bei harter Arbeit.

Der Arsenschlamm-Prozeß in Düsseldorf ist kein „Ausrutscher" der bürgerlichen Justiz. Denken wir nur an den Contergan-Prozeß, wo skrupellose Kapitalisten mit Medikamenten Tausende von Kindern zum Krüppel gemacht hatten. Keinen einzigen Tag saßen sie im Gefängnis! Mit Geld kauften sie sich los – eine Million Mark, für einen Chemikonzern ein Pappenstil! Dieser Prozeß ist ein Beispiel für das "Recht" der Bourgeoisie. Für das "Recht", mit dem sie die Arbeiterklasse knechtet und für die geringsten Vergehen hart bestraft. Für das "Recht", mit dem sie Revolutionäre und andere fortschrittliche Menschen einkerkert, jahrelang in Gefängnissen foltert, wie die Genossen der RAF. Für das "Recht", auf das sich die Kapitalisten berufen, wenn sie aus Profitgier Menschen töten, verkrüppeln, in Kriege hetzen.

Die modernen Revisionisten der D'K'P sind es, die bei solchen Prozessen danach schreien: "Das Grundgesetz und die Rechte anwenden." Nichts anderes hat das Gericht in Düsseldorf getan. Die bürgerliche Justiz hat gerichtet mit den Gesetzen des Kapitals. Diese Justiz, diese Gesetze eben sind es, auf die sich die Kapitalisten stützen können bei ihrem Verbrechen. Am Tag, an dem das "Urteil im Namen des Volkes" verkündet wurde, war schon ein neuer Giftskandal aufgedeckt, der Tausenden hätte das Leben kosten können. Zwei Tage später schwammen Giftfässer auf dem Rhein. Eine Woche danach gab es Giftalarm in Kiel: Krupp hatte seine giftigen Ablagerungen auf öffentliche Müllhalden geworfen. Alle diese Verbrecher, wenn sie überhaupt vor Gericht kommen, werden mit Hilfe dieser Justiz, dieses "Rechts" ihre Verbrechen am Volk ungehindert fortsetzen können.

Was wäre mit solchen Verbrechern, mit solchen versuchten millionenfachen Mördern geschehen in einem Staat, in dem das Volk wirklich die Macht hat? Für den Rest ihres Lebens wären sie ins Zuchthaus gewandert, zumindest, wahrscheinlich hätte das Volk selbst die Todesstrafe gefordert.

1.JUNI - WELTKINDERTAG

„Wir tun das doch alles nur für unsere Kinder" – diesen Satz hört man häufig von proletarischen Eltern. Für die Zukunft ihrer Kinder machen Väter Überstunden, gehen Mütter arbeiten, verzichten beide oft jahrelang auf den Urlaub und viele persönliche Wünsche. Und doch kann solche Elternliebe, können Mühe, Arbeit und Opfer allein nicht das erreichen, was die Eltern ihrem Kind wünschen: eine glückliche Kindheit, eine glückliche, gesicherte Zukunft.

Denn nicht Elternliebe bestimmt entscheidend die Lage ihrer Kinder, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie leben.



Kinder im Kapitalismus: kein Platz im Kindergarten, ihr „Spielplatz" ist die Straße.

Das grundlegende Problem der Kinder des Proletariats ist, daß sie Kinder einer ausgebeuteten und unterdrückten Klasse sind. Wachsender Lohnraub, Teuerung und Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung – das sind Angriffe auf die Lage der Arbeiterklasse, die die Kinder wie die gesamte Familie zu spüren bekommen. Vor allem aber sind sie die ersten, die spüren, was es mit dem „Sozialstaat" auf sich hat. Es gibt zum Beispiel für eine Großstadt wie Bochum 2 Kinderkrippen, einen Kindergartenplatz findet heute noch nicht einmal der, der sein Kind schon vor der Geburt anmeldet. Katastrophal ist die Lage in den Volksschulen. Zu tausenden sterben unsere Kinder auf den Straßen für den Profit der Automobilindustrie, zu tausenden sterben sie in den Krankenhäusern an den typischen Kinderkrankheiten, weil die Pflege ihrer Gesundheit und ihre Heilung für das Kapital keine lockende Profitquelle ist.

Dagegen scheut das Kapital keine Mühe, um die Kinder ideologisch zu verseuchen. Keine Kirchengemeinde ohne Kindergruppe, Kinderprogramme in Radio und Fernsehen usw. Jetzt am 1. Juni werden auch die Revisionisten von der D„K"P ihre Kinderorganisationen aufziehen, um die Vitalität der Kinder, ihr Gerechtigkeitsgefühl und ihre Begeisterungsfähigkeit für ihre konterrevolutionären Ziele zu mißbrauchen.

Diese verstärkte ideologische Bearbeitung der Kinder ist ein deutlicher Hinweis für die Angst der Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution. Davor, daß proletarische Eltern erkennen: Das Beste, was wir für die Zukunft unserer Kinder tun können, ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern, das kapitalistische System zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Das Leben der Kinder in den sozialistischen Ländern ist eines der glänzendsten Beispiele für die leuchtende Zukunft, die der Sozialismus dem Proletariat und dem ganzen werktätigen Volk bietet. Die Kinder sind „die Meistbegünstigten: Die privilegiertesten Bürger dieser Jahre", heißt es in der Zeitschrift „Neues Albanien". Dafür hier nur einige Beispiele. Im Bezirk des Pekinger Kinderkrankenhauses gibt es seit 1959 keinen Fall von Kinderlähmung mehr, keinen Fall von Diphterie. In allen Krankenhäusern gibt es Kinderabteilungen. Rund 76 % aller Säuglinge finden hier Plätze in Kinderkrippen. Oder nehmen wir Albanien. Gab es hier 1938 in Tirana einen Kindergarten für 45 Kinder, so gab es 1972 72 Kindergärten für 7.601 Kinder.

Die Fürsorge des proletarischen Staates aber gilt vor allem den Kindern als den Fortsetzern der Revolution, des Aufbaus des Sozialismus. Hier gilt, was Lenin sagte: „Die ganze Erziehung, Bildung und Schulung der heutigen Jugend muß eine Erziehung zur kommunistischen Moral sein." Das heißt, eine Erziehung zur Unterordnung der persönlichen Interessen unter die Interessen des proletarischen Klassenkampfes.

Man kann aber Kinder natürlich nicht zur kommunistischen Moral, zur bewußten Teilnahme am Klassenkampf erziehen, wenn man ihnen kein Vertrauen entgegenbringt und ihnen nach der Devise "Du bist ja noch ein Kind", die Fähigkeit zum Klassenkampf abspricht. **Die 12-jährige chinesische Schülerin Huang Schuai hat in einem offenen Brief die Frage gestellt, „ob man die Kinder an der Revolution im Erziehungswesen beteiligen soll, ob sie zur Revolution fähig sind". Ihre Antwort lautete: Ja. Denn die Frage, ob die Kinder sich an der Revolution beteiligen sollen oder nicht, ist im Grunde die Frage, ob man den Standpunkt des Proletariats oder der Bourgeoisie einnimmt.**

Die Kinder müssen sich an der Revolution beteiligen. Das gilt auch für die Arbeiterklasse und ihre Kinder im Kapitalismus. Jeder, der warnend davor den Zeigefinger erhebt, die Kinder nicht in die Politik hineinzuziehen, erhebt im Grunde den Zeigefinger gegen die Revolution. Denn jeder, der „fähig" ist, ausgebeutet und unterdrückt zu werden, ist auch fähig zu kämpfen, unter der Führung der Arbeiterklasse, unter der Leitung der Kommunistischen Partei entsprechend seinen Möglichkeiten.

GIBT ES IN CHINA EINE KINDERORGANISATION? ANTWORT DES REVOLUTIONSKOMITEES EINER PEKINGER SCHULE



Kleine Rotgardisten schreiben eine Wandzeitung

Viele Schüler unserer Schule gehören, wie andere im ganzen Land, zu den Kleinen Roten Garden. Jedes Kind zwischen 7 und 13 Jahren kann beantragen, aufgenommen zu werden. Seine Hausgruppe der Kleinen Roten Garden und ihr Lehrer diskutieren, ob der Bewerber die entsprechenden moralischen, geistigen und physischen Fähigkeiten hat und sein Eintritt von der Schule unterstützt wird. Die Kleinen Roten Garden tragen ein rotes Halstuch – rot, die Farbe der Revolution und symbolisch ein Ausschnitt aus der Nationalflagge.

Über 700 Kinder von unseren 1 040 Schülern sind Kleine Rotgardisten. Die Einheiten sind unterteilt in Brigaden (Schule), Teams (Klasse) und kleinen Gruppen (Hausgruppe). Die Leiter der Gruppen werden demokratisch gewählt. Das Komitee der Brigadeleiter bekommt direkte Führung und Hilfe durch die Gruppe des Kommunistischen Jugendverbandes der Schule. Die Kleinen Roten Garden entwickeln auch außerhalb der Schule Aktivitäten, zu denen auch noch nicht aufgenommene Bewerber eingeladen sind. Die Kleinen Roten Garden müssen darauf achten, daß sie, was immer sie auch tun, für die anderen ein gutes Beispiel geben. Sie sollen ehrlich, mutig und lebhaft sein und für die Einheit unter ihren Klassenkameraden sorgen.

("China Reconstructs", Juni 1973).

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD: Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9 – 13 Uhr.

DORTMUND: Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG: Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER: Elisenstr. 20.

KIEL: Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK: Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM: Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN: Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART: Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN: Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 462 60 810. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.